Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

203 (25.7.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle u. in unsr. Ausgabestellen abgeholt monatlich Mk. 32.—, frei Haus geliefert monatlich Mk. 35.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen Mk. 35.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr Mk. 35.— monatlich. Einzelverkauf Werktags 1.50 Sonntags 2.— Mk.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 5.— Mk.; auswärts 6.— Mk.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 3.50 Mk.; Reklamezeile 17.— Mk.; an erster Stelle 20.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 3 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 208. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ebrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 203. — Dienstag, den 25. Juli 1922 — Erstes Blatt.

Die innerpolitische Lage Englands.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

f. **London**, Mitte Juli 1922.

Ich habe kürzlich die Schwierigkeiten geschildert, mit denen das englische Reich nach außen zu kämpfen hat. Japan oder Amerika war die Frage und die Antwort lautete, wenigstens vorläufig, Amerika.

Heute will ich mich hauptsächlich mit der innerpolitischen Lage Englands beschäftigen, weil es in vieler Hinsicht nicht gut möglich ist, Englands Außenpolitik zu verstehen, wenn man nicht weiß, mit welchen inneren Faktoren die englische Regierung zu rechnen hat. Die Aufgabe ist nicht leicht, denn die Art des englischen Volkes ist die Ursache, daß die Persönlichkeiten eine viel größere Rolle spielen als in anderen Ländern.

England ist in den letzten Jahrhunderten abwechselnd von Whigs und Tories, nach Gladstone Liberale und Konservative genannt, regiert worden; aber eine Partei gelangte nur dann zur Macht, wenn sie einen geeigneten Führer hatte. Der Führer machte die Partei, nicht die Partei den Führer. Gladstone war der große liberale Staatsmann und brachte dadurch seine Partei ans Ruder, nicht umgekehrt. Heute regiert in England die Koalition, das ist Lloyd George, geht er, so verschwindet die Koalition mit ihm. Ich muß dabei direkt auf eine Eigenart der englischen, mehr oder wenig ungeschriebenen Verfassung hinweisen, es ist die Tatsache, daß das Parlament nicht für eine bestimmte Zeit gewählt wird. Nur dann, wenn ein Kabinett das Vertrauen der Volksvertreter verloren hat, wird das Parlament aufgelöst, und auch dann nicht immer, denn fühlt die Opposition sich kräftig genug, dann kann auch ohne Neuwahlen eine neue Regierung gebildet werden. Auch kann eine Regierung jeden Augenblick auf die Wähler einwirken, wenn sie meint, daß Neuwahlen ihre Position im Unterhaus verstärken werden. Das gibt natürlich der Vollzugsgewalt eine viel größere Ruhe.

Das jetzige Unterhaus, 1919 gewählt, also direkt nach dem Kriege, brachte der Koalition der Liberalen und Konservativen eine große Mehrheit und ermöglichte dadurch das Fortbestehen der Koalitionsregierung und das Verbleiben von Lloyd George. Im Anfang waren eigentlich nur die Arbeiter in der Opposition, es dauerte aber nicht lange. Ein Teil der Liberalen konnte sich nicht länger mit Lloyd Georges Politik zufrieden erklären und trennte sich, sie fanden ihren Führer in dem ehemaligen Ministerpräsidenten Asquith; das sind die sogenannten Wee free's (Wir Freien). Jede Koalitionspolitik ist natürlich eine Kompromißpolitik, und obwohl die Majorität der Liberalen und Konservativen das wohl verstehen, hat man auch jetzt in der Konservativen Partei eine Anzahl Politiker, die von einem Kompromiß nichts wissen wollen. Sie nennen sich Die Hards, das heißt stirb schwierig. Sie haben merkwürdigerweise keinen direkten Führer oder einen Mann, der es werden könnte. Marschall Wilson ist vor ein paar Wochen von irischen Mördern erschossen worden. Im großen ganzen unterscheiden sie sich übrigens wenig von ihren Koalitionsbrüdern, die Die Hards sind genau so konservativ wie die Wee free's liberal sind. Der Unterschied ist nur, daß beide nichts von einem Fortbestehen der Koalition wissen wollen. Die Majorität der beiden Parteien liebt zwar das Zusammengehen auch nicht, aber man weiß zu gut, daß man es momentan nicht ändern kann. Vorläufig will eigentlich niemand Neuwahlen, weil kein Mensch weiß, welches Resultat sie haben werden, und das nicht allein. Der Wahlspruch fehlt. In ihrem Herzen sind die Führer sehr froh, daß sie jede Verantwortung jetzt auf die Koalition abwälzen können. So wird in vielen Fällen Lloyd George der Sündenbock. Man wirft ihm von allen Seiten vor, daß er nicht kräftig genug ist, und wie kann er auch! Eine direkte Majorität hat er nicht. Was er heute für die Liberalen tut, muß er morgen für die Konservativen tun, und so muß er ewig balanzieren. Von durchweg sehr gut unterrichteter Seite habe ich oft gehört, daß Lloyd George wohl weiß, was er will und sehr gut einsieht, daß Europa dem Abgrund sehr nahe ist. aber er muß nun einmal den beiden Parteien Rechnung tragen und dann gibt es noch die öffentliche Meinung.

Wie schwierig seine Lage ist, haben die letzten Tage mal wieder sehr deutlich gezeigt. Vor einem Jahr ist ein Gesetz angenommen worden, das einen Zoll von 33⅓ Proz. auf alle importierten Güter legt, die aus Ländern kommen, in denen durch annormale Umstände, z. B. schlechte Valuta, die Produktionskosten sehr niedrig gehalten werden. Obwohl als Antidumping betrachtet und speziell gegen Deutschland gerichtet, ist es nicht zu leugnen, daß es eine verdeckte protektionistische Maßregel war. Die Liberalen, die davon nichts wissen wollen, waren dann auch dagegen, aber die Konservativen jauchzten. Nun hat das Gesetz eine Besonderheit, nämlich daß die Artikel nicht direkt im Gesetz genannt werden, sondern es wird von Zeit zu Zeit eine Liste vom Board of Trade (Handelsministerium) aufgestellt. Bisher waren baumwollene Handschuhe nicht einbegriffen und erst vor einigen Wochen wurden sie in die Liste aufgenommen. Da erhob sich aber ein gewaltiger Sturm. Was war geschehen? Die Handschuhe werden in Sachsen angefertigt, aber aus Garn, das wieder aus Lancashire kommt. Die englische Handschuhindustrie ist sehr klein und nun sagen die Lancashirespinner, um einer so kleinen Industrie zu helfen, werde eine große mächtige Industrie bedroht, denn wenn man die Einfuhr von sächsischen Handschuhen verzollt, werden die Deutschen auch kein Garn mehr bei uns kaufen. Da saß Lloyd George in der Falle.

Persönlich hat er ja sehr wenig Interesse für den Protektionismus, aber das Gesetz war nun einmal da. So groß ist der Einfluß der Spinner, daß selbst ein Konservativer wie Lord Derby sich dem nicht entziehen könnte. Andererseits muß es ihm wohl angenehm gewesen sein, seinem Gegner Lloyd George Feuer unter die Füße zu legen und deshalb erwirkte er eine Delegation der Spinner bei dem Premierminister. Der wußte natürlich nicht, was er tun sollte und versprach, die Angelegenheit vor eine parlamentarische Kommission zu bringen. Damit war er die Sache jedenfalls für einige Zeit los. Am nächsten Tag meldete sich aber sofort eine Deputation des Vereins der kleinen Industriellen, die mit Nachdruck Verschärfung des Gesetzes verlangten. Wie die Sache nun ablaufen wird, ist noch fraglich, aber es fängt an, danach auszusehen, als ob die uralte Frage Free trade oder Protection endlich beiden Parteien die Wahlparole geben wird.

Wie ich im Anfang schon sagte: Lloyd George ist die Koalition, und wir werden abwarten müssen, wie er sich aus dieser Schwierigkeit retten wird. Seit Jahren bildete die Reform des Oberhauses einen Streitpunkt, der die Koalition bedroht. Die Liberalen, die 1911 mit viel Mühe die Lords des Vetorechtes über finanzielle Gesetze beraubten, wollen nichts wissen von einer Reform, der das Oberhaus mehr Macht geben will, die Konservativen bestehen aber auf einem, sei es auch gemäßigten, Vetorecht.

Bisher gelang es der Regierung, der Schwierigkeit aus dem Wege zu gehen, aber der Druck von konservativer Seite wurde so stark, daß die Regierung sich gezwungen sah, einen Gesetzentwurf zur Reorganisation dem Unterhause vorzulegen. Natürlich wieder ein Kompromiß, das den Konservativen nicht weit genug, den Liberalen aber wieder viel zu weit geht. Auch diese Frage wäre geeignet, um sie noch vor den Wahlen zu bringen; aber die Konservativen, die gerne mit der protektionistischen Fahne in den Kampf gehen wollen, weil sie bei der jetzigen Arbeitslosigkeit davon Erfolg erhoffen, fühlen auch sehr wohl, daß das Volk im großen ganzen nicht daran denkt, den Lords mehr Macht zu geben. Weder Liberale, noch Konservative haben dabei ein reines Gewissen, denn man hat 1919 so viel versprochen, was nicht gehalten worden ist und nicht gehalten werden konnte, daß man zögert, vor den Wählern zu erscheinen.

Es ist bei allen Parteien der Wunsch rege, wieder zu normalen Zeiten zurückzukehren, nämlich zu einer Regierungspartei und einer Opposition, aber da niemand eigentlich Regierungspartei sein will, werden die Wahlen wohl noch auf sich warten lassen.

Bisher habe ich von der irischen Frage noch gar nicht gesprochen, auch schon, weil hier jedermann davon überzeugt ist, daß die bisher befolgte Politik die richtige war. Wohl schimpfen die Die Hards sehr, aber wären sie am Ruder, sie würden auch nicht anders handeln. Man verzeihe mir, daß ich die Iren vorläufig in Ruhe lasse. Ich habe keine allzu große Lust, eines Tages von einem Irländer mit Revolverschüssen begrüßt zu werden. Die irische Frage ist eine heikle, selbst für den neutralen Beobachter.

Lloyd George ist und bleibt also vorläufig der Mann.

Poincarés Rückzug.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Nach allem Anschein tritt in der französischen Reparationspolitik eine Wendung ein, die schon in den nächsten Wochen ihre Auswirkungen auf die internationale Politik, besonders auf die Lage Deutschlands, zeigen muß. Bekanntlich war Poincaré seit dem Tage, an dem er über die nach seiner Ansicht viel zu sanfte Finanzkontrollbedingungen des Memorandums des Ganrankiekomitees an die deutsche Regierung unterrichtet wurde, in einen Paroxysmus von Deutschenhetzerei verfallen, der so maßlos war, daß selbst die ihm ergebene Pariser Presse nicht Schritt zu halten vermochte. Das Fallen des Francs, der die katastrophale Abwärtsbewegung der Mark mitmacht, hat die französischen Wirtschaftskreise und Bankkreise in engere Beziehung als bisher zur Pariser Presse gebracht. Sie zeigt sich darin, daß selbst die chauvinistisch radikalen Zeitungen stark für das Moratorium, für die internationale Anleihe und für die schleunige Wiedereinberufung des Morgankomitees wieder eintreten. Diese von weittragender Erkenntnis gesättigte Stimmung der Pariser politischen Kreise traf nun die Weisung Poincarés an Dubois, die geradezu ein Extrakt verblendeter Haßpolitik ist: kein langes Moratorium, Verpfändung eines Teiles des deutschen Aktienbesitzes, Feststellung deutscher Verfehlungen, Sicherung neuer Sanktionen. Zum ersten Mal versagte die öffentliche Meinung dem Ministerpräsidenten die Gefolgschaft, besonders als man sah, daß diese Drohung von einem abermaligen Marksturz und von einem abermaligen Sturz des Francs begleitet war.

Der Franc ist jetzt der treueste Alliierte Deutschlands geworden. Auch England, sogar die sonst stets gehorsame „Times", zeigt die kalte Schulter, infolgedessen hat sich Poincaré veranlaßt gesehen, den Rückzug anzutreten. Er läßt durch Havas verkünden, daß die Veröffentlichung jener Weisung an Dubois eine Indiskretion sei. Daß die Weisung keine endgültige Stellungnahme, sondern nur ein Glied in der Kette jener politischen Maßnahmen, nur die Anfangsstellung sei, die man später gerne in strategischer Ueberlegung aufzugeben bereit sei. Zu gleicher Zeit aber versucht Poincaré auch bei einer Regelung, die etwa im Sinne der maßvolleren Mehrheit der Reparationskommission erfolgen sollte, für Frankreich eine möglichst große Beute herauszuschlagen. Von französischer Seite wird in diesem Sinne für die bevorstehende Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré ein Programm angemeldet, das, wie aus London gemeldet wird, in der englischen Oeffentlichkeit auf wenig Gegenliebe stößt. Frankreich will als Gegenleistung für die Herabsetzung der deutschen Schuld die vollkommene Streichung seiner englischen Schulden erlangen, ohne Rücksicht auf die Vereinigten Staaten; Frankreich will weiterhin die deutsche Finanzkontrolle endgültig durchsetzen und außerdem erreichen, daß die von Deutschland erfolgten Zahlungen ausschließlich für Frankreich Verwendung finden sollen.

Ueber die Auffassung, die man in London hierüber hat, wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" aus London berichtet: Das ganze französische Programm verrät eine vollkommene Verkennung der englischen Auffassung. England ist zu prinzipiellen Opfern gegenüber Frankreich nur dann bereit, wenn damit Zugeständnisse Frankreichs erreicht werden können, die wirklich eine endgültige Regelung des europäischen Friedens ermöglichen. England erwartet deshalb von Frankreich Zugeständnisse in einer Reihe von politischen Fragen, Herabsetzung von franz. Rüstungen, Einigung über die Rheinlandpolitik, Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Im allgemeinen wird sich Frankreich dazu verstehen müssen, durch seine Haltung zu beweisen, daß es auf die Hegemonie in Europa verzichtet. Das würde natürlich ohne weiteres eine prinzipielle Aenderung seiner gesamten bisherigen Politik gegenüber Deutschland zur Voraussetzung haben.

*

Zur bevorstehenden Zusammenkunft von Lloyd George und Poincaré.

w. **Paris**, 24. Juli. Zur bevorstehenden Zusammenkunft von Lloyd George und Poincaré schreibt „Oeuvre", einer von ihnen müsse notwendigerweise Zugeständnisse machen, wenn die Konferenz nicht ergebnislos verlaufen soll. Eine Zusammenkunft ohne Ergebnis würde unter den gegenwärtigen kritischen Umständen die Spannung zwischen Frankreich und England derart steigern, daß man einen Bruch befürchten müsse.

Die Krisis in Bayern.

w. **München**, 24. Juli. (Drahtber.) Die „Münchener Neuesten Nachrichten" schreiben: Der Ministerrat hat in der Angelegenheit des Schutzgesetzes und seiner Anwendung in Bayern die Vorschläge der Bayerischen Volkspartei sich zu eigen gemacht, die dahin gehen, daß in einer Verordnung, wie sie Artikel 48 der Reichsverfassung vorsieht, das Reichsschutzgesetz mit einigen Erweiterungen bezüglich des Verein- und Versammlungsrechts von Bayern übernommen und die Rechtsprechung Bayerns Gerichten übertragen wird. Die Schwierigkeiten liegen darin, daß die Demokraten diesen Weg nicht für gangbar halten, weil Reichsgesetze, diebereits rechtsgültig sind, nicht zu Sonderverordnungen umgeformt werden könnten. Es ist fraglich, ob die Demokraten diese ihre Auffassung nicht zum Anlaß nehmen könnten, auf der Koalition auszutreten. Meldungen, die von einer bereits getroffenen Entscheidung sprechen, sind nicht zutreffend, denn erst die Annahme oder Ablehnung der Vorschläge Bayerns durch das Reich stellt Bayern vor die endgültige Entscheidung.

b. **Berlin**, 24. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Entwicklung der Dinge in Bayern wird an hiesigen maßgebenden Stellen mit Ruhe und Besonnenheit verfolgt. Man hat sich auf den Standpunkt gestellt, nichts zu überstürzen und alles zu vermeiden, was die in Bayern schon ohnehin vorhandene Erregung noch vermehren könnte. Infolgedessen dürfte auch der heutige Ministerrat von frühzeitigen Beschlüssen absehen. Tatsächlich weiß man selbst im engeren Bereich der Reichsregierung im Augenblick über den Stand der Dinge in Bayern nicht viel mehr als das was in den Zeitungen steht. Irgendwelche positive amtliche Mitteilungen sind hier immer noch nicht zugegangen. Was darüber hinaus an privaten Nachrichten hierhergelangt, mahnt zur Ruhe. An einen Generalstreik oder ähnliche Unbesonnenheiten ist nicht im entferntesten zu denken. Man hofft in diesem Kreisen der Reichsregierung noch immer, daß ein Ausgleich sich finden wird, und Graf Lerchenfeld im Amte bleiben wird.

b. **Berlin**, 24. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Ein führender demokratischer Politiker, der hervorragenden Anteil an der Schaffung der neuen Reichsverfassung hatte — gemeint ist ohne Zweifel der frühere Abg. Dr. Preuß —, erklärt dem „8-Uhr-Abendblatt" auf Befragen, daß nach seiner Ansicht der bayerische Standpunkt in verfassungsrechtlicher Hinsicht vollkommen unhaltbar sei. Das Gesetz zum Schutze der Republik sei auf verfassungsmäßigem Wege vom Reichstag und allen verfassungsmäßigen Instanzen angenommen worden. Infolgedessen habe sich ihm die bayerische Regierung ohne Einschränkung zu fügen. Vor allem sei der Standpunkt der Bayerischen Volkspartei geradezu eine vollkommene Mißachtung der Reichsverfassung. Der Reichspräsident habe auf Grund der Verfassung das Recht, mit dem verfassungsmäßigen Mittel die Durchführung der Reichsgesetze in Bayern zu begehren.

Sitzung des Kabinetts.

w. **Berlin**, 24. Juli. (Drahtber.) Heute fand eine Kabinettsitzung statt, die sich auch mit der Lage in Bayern beschäftigte.

Aufruf des bayrischen Bürgerblocks.

München, 24. Juli. Der bayrische Regierungsblock der bürgerlichen Parteien richtet an seine Anhänger einen Aufruf mit der Aufforderung, die bayrische Regierung, solange sie in ihrem Widerstand gegen Berlin festbleibe, in dem ihr aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen, komme was da wolle.

Der Reichsgesandte in München bleibt in seinem Amt.

München, 24. Juli. Wie von zuständiger Stelle verlautet, wird Graf Zech auf seinem Posten verbleiben bis die Lage zwischen Berlin und München geklärt ist.

Badischer Landtag

t. **Karlsruhe**, 24. Juli. Die Sitzung begann, da noch zwei Ausschüsse tagten, erst um ½5 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Dr. Glockner (Dem.) eine Erklärung zu seinen früheren Ausführungen über die Demonstrationen in Singen ab und erklärt, daß ihm der Bürgermeister in Singen in einem Schreiben erklärt habe, er sei am Demonstrationstag in Singen anwesend gewesen.

Der Geheimbericht des Generalkommandos.

Namens der deutsch-nationalen Fraktion begründete Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dntl.) folgende Förmliche Anfrage:

„Nach Zeitungsberichten hat sich Finanzminister Köhler in einer öffentlichen Versammlung dahin geäußert, daß das stellv. Generalkommando in Karlsruhe im vierten Kriegsjahre einen Geheimbericht an das Kgl. Kriegsministerium in Berlin gesandt habe, in welchem es heiße:

„Die gesamte, der Zentrumspartei zur Verfügung stehende Organisation (Geistliche) korrumpiere die Stimmung des deutschen Volkes. Die Beweise dafür seien einwandfrei erbracht."

Ein Fraktionsfreund des Herr Finanzministers hat auf diese Aeußerung in der 48. Sitzung des Landtags Bezug genommen und sie wiederholt. Die Bekanntgabe einer solchen Aktennotiz bedeutet nicht nur einen neuen Steinwurf auf den sogen „alten Staat", sondern, was zur Zeit viel ernster zu bedenken ist, eine solche Bekanntgabe führt die Gefahr herauf, daß die konfessionellen Gegensätze und das konfessionelle Mißtrauen verschärft und der konfessionelle Eifer erhitzt wird. Darum erscheint die genaue Untersuchung und die Klarlegung des Sachverhalts geboten.

In seiner Begründung führte der Redner u. a. aus, es müsse alles vermieden werden, ein Mißtrauen der Konfessionen gegeneinander zu begünstigen und einen neuen Kulturkampf heraufzubeschwören. Ich habe nicht die Absicht, dem Herrn Finanzminister an die Nieren zu sehen. (Heiterkeit.) Er hat Schmerzen genug. Aber es sollte größere Zurückhaltung geübt werden. Auch ich hatte mich während des Krieges mit

Aufklärungsarbeit zu befassen. Ich habe dabei den Eindruck gewonnen, daß dabei von Offizieren und Beamten vollständig loyal und objektiv verfahren worden ist. Es erscheint mir nicht wahrscheinlich, daß es sich um einen Geheimbericht handeln kann, den man unter das Urteil stellen könnte, daß es sich um eine doppelte Buchführung handle. Vom Generalkommando ist die Tätigkeit von Kirche und Geistlichkeit anerkannt worden. Es ist nicht verständlich, daß man in Berlin nicht mit dem Original herausrückt. Ist Anlaß zu Beanstandungen gegeben, so soll man die Unterlagen veröffentlichen und alles tun, um dem Wurm den Kopf zu zertreten.

In der Beantwortung der Förmlichen Anfrage gab Staatspräsident Dr. Hummel folgende Erklärung ab: „Die Regierung ist nicht in der Lage, die Verantwortung für Handlungen und Aeußerungen der Kabinettsmitglieder außerhalb ihrer Regierungstätigkeit zu übernehmen. Sie kann sich daher im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu der von den Interpellationen gestellten Frage nicht äußern. Auch die Veröffentlichung der Unterlagen für die Mitteilung des Herrn Finanzministers entzieht sich daher ihrer Stellungnahme."

In der Aussprache über die Anfrage führte Abg. Köhler aus: Ich trage die volle Verantwortung für die Veröffentlichung. Ich wollte dabei nicht auf den alten Staat einen Steinwurf ausüben, aber ich wollte das alte System angreifen, auch habe ich keinerlei Gegensätze verschärfen wollen. Ebensowenig habe ich bestimmte Personen treffen wollen. Der Verfasser kann nicht für mich in Frage kommen. Meine Veröffentlichung geschah, um ein bestimmtes System zu charakterisieren. Es ist das System der Ausschließlichkeit, unter dem meine Partei jahrzehntelang gelitten hat. Meine Unterlagen sind absolut echt. Es liegt keine Verletzung des Dienstverhältnisses vor; auch verdanke ich meine Kenntnis nicht irgend welcher Aktenschnüffelei. Das Schriftstück des Generalkommandos ist mir auf vollständig einwandfreie Art zur Kenntnis gekommen. Ich übergebe hiermit das Schriftstück der Oeffentlichkeit. Der Redner verlas im folgenden den Wortlaut des Schriftstückes, das vom 1. November 1917 datiert und mit der Bezeichnung „Geheim" versehen ist.

In dem Bericht wird ausgeführt, daß in Wiesloch und Freiburg die Beweise einwandfrei erbracht seien, daß in Zentrumskreisen klaumacherische Stimmung getrieben werde. In dem Bericht werden Stammtisch- und Privatgespräche des damaligen Abg. Wirth und des Oberbürgermeisters Thoma erwähnt. Wirth habe gesagt, im kommenden Herbst (1917) müssen Hunderttausende verhungern und die Versprechungen der Admiralität hinsichtlich des U-Boot-Krieges müßten von einem Halbjahr zum andern verlängert werden. Der damalige Freiburger Oberbürgermeister habe gesagt, Elsaß-Lothringen müsse ein internationaler Pufferstaat werden. In Wiesloch habe der katholische Geistliche Kraus erklärt, er habe nicht mehr den Mut, für die Kriegsanleihe einzutreten, er werde sonst der Religion schaden. Am Schlusse des vom Obersten Alefeld unterschriebenen Schriftstückes heißt es, daß es nötig wird, den landesgefährlichen Charakter aufzudecken. (Zuruf des Abg. Dr. Föhr (Ztr.): Das ist eine Gemeinheit!) Abg. Köhler fortfahrend: Das Material zu diesem Schriftstück stammt von einem Spitzeltum, dessen Träger heute noch im Lande sind. Hört! Hört! im Zentrum.) Sollten wir ruhig bleiben, wenn uns das vorgeworfen wird und wenn wir erfahren, daß Fehrenbach und Wirth — der heutige Reichskanzler — unter politischer Ueberwachung gestanden sind. (Zuruf: Unerhört! — Abg. Seubert (Ztr.): Auch Zehnter! — Heiterkeit.) Unter dem 24. Oktober war schon ein Geheimbericht nach Berlin gegangen. Wir wollen einander an den Galgen bringen. (Abg. Dr. Föhr (Ztr.): Das würde nichts schaden!) Unsere schwer angegriffene Ehre verlangte daß wir uns verteidigten. (Starker Beifall im Zentrum.)

In der Aussprache betonte Abg. Marum (Soz.) u. a.: Wenn ein Minister in der Agitation draußen spricht, so hat der Staatspräsident die Situation richtig gekennzeichnet, daß die Regierung dafür keine Verantwortung trägt. Das ist Sache des einzelnen Ministers. Der Minister besitzt die gleichen Rechte, wie jeder Abgeordnete und kann seine Meinung offen sagen. Was die Sache selbst anbelangt, so muß ich feststellen, daß auch die Zentrumspartei das System des Militarismus zu spät erkannt hat.

Abg. Weber (D. Vp.): Wir glauben, daß es besser gewesen sei, wenn gerade von seiten eines Ministers trotz des Rechts der freien Meinungsäußerung eine gewisse Zurückhaltung geübt worden wäre. Bedenklich war, daß man geneigt ist, eher als nach der Sache, nach der verantwortlichen Person zu suchen. Das ist auch geschehen.

Abg. Freudenberg (Dem.): Es muß tief traurig berühren, daß derart unobjektive Berichte gegeben werden konnten. Angenehm berührte die Erklärung, daß Minister Köhler bei der Veröffentlichung gegen niemanden Stellung nehmen wollte.

Abg. Schmitt-Bretten (D. Ntl.): Wir können bestätigen, daß es unwahr ist, daß die katholischen Geistlichen korrumpierend während des Krieges gewirkt haben.

Abg. v. Au (Wirtsch. Vgg.): Wir müssen den Bericht aus der Stimmung des Jahres 1917 heraus beurteilen. Weite Kreise, die heute den Bericht verurteilen, waren damals anders eingestellt. Auch wir können den gegen katholische Geistliche erhobenen Vorwurf als unwahr bezeichnen.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.): Wenn die Interpellanten sich die Sache genau überlegt hätten, dann hätten sie wohl die Anfrage nicht eingebracht. (Zuruf von Deutsch-nat. Seite: Doch, gewiß!) Auf jeden Fall ist die Interpellation am unrichtigen Ort eingebracht worden. Das hätte im Reichstag geschehen sollen. Wenn der Abg. Mayer gesagt hat, durch die Veröffentlichung des Berichts werde der konfessionelle Friede gestört, dann ist das eine Konstruktion. Wir gehen bis zur äußersten Grenze des Erträglichen, um den konfessionellen Frieden zu wahren. Was wir mit der Veröffentlichung treffen wollten, ist deutlich gesagt worden: Wir wollten das System treffen, das Jahrzehnte hindurch einen Volksteil zu Staatsbürgern zweiter Klasse herabdrückte und uns als ultramontane Vaterlandsfeinde hinstellte. Die Träger dieses Systems sind nicht die Offiziere oder der Militarismus. Das System hat einen viel engeren Kreis. Der ist heute noch nicht tot. Wir — auch die katholische Geistlichkeit — haben nur den Willen, dem Vaterland zu dienen und nichts wird uns darin wankend machen.

Abg. D. Mayer (D.N.): Wir haben hier niemanden zu verteidigen und hatten auch keinen Auftrag dazu. Den Bericht mißbilligen wir ebenfalls. Düringer ist immer noch unser verehrter Parteichef. Wir werden unsere Anfrage nun der Reichstagsfraktion übergeben. Die Antwort der Regierung auf unsere Frage war knapp. Es trifft aber wohl zu, daß die Regierung nicht in der Lage war, eine andere Antwort zu geben.

Staatspräsident Dr. Hummel: Die Regierung hat entsprechend ihres in der Erklärung niedergelegten grundsätzlichen Standpunktes nicht den Versuch gemacht, in den Besitz der Geheimakten zu kommen. Die Interpellation gehört vor die Tribüne des Reichstages.

Abg. Köhler: Herr General Alefeld hatte mich gebeten, ihm das Original des Schriftstückes zu verschaffen, damit er prüfen könne, ob er es wirklich unterschrieben habe. Obwohl das nicht meine Aufgabe war, schrieb ich nach Berlin, bekam aber eine abschlägige Antwort. Wird die Anfrage im Reichstag eingebracht, dann wird die Regierung ein ganzes Bündel solcher Berichte auf den Tisch legen können.

Damit ist die Aussprache beendet.

Kleine Vorlagen.

Ohne Aussprache wurde der Gesetzentwurf über die Umwandlung der Staatsbrauerei Rothaus in eine Aktiengesellschaft in 1. und 2. Lesung angenommen und die Rechnung der Oberrechnungskammer für unbeanstandet erklärt.

Das Haus verabschiedete dann noch das Gesetz über die Aenderungen im Grundbuch- und Notariatswesen. Berichterstatter war der Abgeordnete Rüger (Ztr.). Der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung hatte in dem Gesetz noch verschiedene Aenderungen vorgenommen Unter anderem hatte er dem § 46 einen Satz eingefügt, der lautet: „Stehen die als Erben beteiligten, geschäftsunfähigen oder in der Geschäftstätigkeit beschränkten Personen unter elterlicher Gewalt, so darf das Ortsgericht nur auf Anordnung des Nachlaßgerichts Sicherungsmaßregeln treffen. Ferner wurde der § 51 des Reichspolizeigesetzes, dessen Beratung damit in Verbindung stand, in folgender Fassung geändert:

Den Notaren ist allgemein die Annahme des Amtes als Testamentsvollstrecker, Nachlaßpfleger oder Nachlaßverwalter gestattet, soweit sie nicht die Verrichtungen des Nachlaßgerichts wahrzunehmen haben. Genehmigt wurde auch das Gesetz über die wandelbaren Bezüge der Notare.

Um 8 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 8 Uhr morgens. Tagesordnung Kleine Vorlagen.

Neue Anträge und Anfragen.

Karlsruhe, 24. Juli. Die Umwandlung der „Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe" in eine „Reichsbahndirektion" (worüber wir schon berichteten), hat den Abgg. Seubert (Ztr.) und Gen. und den Abgg. Wirth (Sozd.) und Gen. Anlaß zu Förmlichen Anfragen gegeben. In der Anfrage des Zentrums wird von der Regierung Auskunft gewünscht, was sie zu tun gedenke, zur Wahrung der im Staatsvertrag gewährleisteten Rechte Badens. In der sozd. Anfrage wird Auskunft verlangt, welche Schritte die badische Regierung zu tun gedenke, um die Bestimmungen des Staatsvertrages über den Uebergang der badischen Bahnen an das Reich zu schützen. Ist die Regierung in der Lage, Aufschluß zu geben über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die sogn. strittigen Punkte dieses Staatsvertrages?

Ferner liegt von den Zentrumsabgg. Frau Riegel und Gen. eine Förmliche Anfrage folgenden Inhalts vor: „Ist der Regierung bekannt, daß der Mißbrauch des Alkoholgenusses bedenklich im Wachsen begriffen ist? Was gedenkt die Regierung zu tun, um dem Mißbrauch zu begegnen?"

Mehrere sozd. Abgeordnete haben einen Antrag eingebracht, der die anderweitige Einreihung von handwerksmäßig vorgebildeten Beamten zum Gegenstand hat. — Von dem Abg. von Au (Wirtschaftl. Vgg.) und den Abgg. Dörr und Klaiber (Landbund) liegt ein Antrag auf Aenderung des § 130 des Einführungsgesetzes zu den Reichsjustizgesetzen vor, in dem gewünscht wird, daß die darin vorgesehenen Strafsätze der Geldentwertung entsprechend geändert und die Einwohnergrenze der neuen Gemeindeordnung angepaßt wird.

Die falschen Berechnungen des Versailler Vertrages.

Der englische Arbeiterführer Thomas habe recht gehabt, schreibt „Manchester Guardian", als er auf der Eisenbahn-Konferenz äußerte, daß die Arbeitslosigkeit mehr eine internationale, als eine nationale Frage sei. Die andauernden Störungen überall in der Welt und besonders das Fehlschlagen eines Abkommens mit Rußland hätten den englischen Märkten geschadet und sonderbar genug, hätte alles was man getan habe um Deutschland für den Krieg zahlen zu lassen, nur dazu beigetragen, Deutschland zu einem gefährlichen Konkurrenten zu machen. Der Regierung sei dies zum Glück klar geworden, sie befände sich aber in einer schwierigen Lage und es wird nur die Arbeiterführer, wie Mr. Thomas darin bestärken, beständig die Notwendigkeit zu betonen, daß man rasch zu einem Abkommen über die Reparationen gelange. Es bestände sonst keine Möglichkeit wirksam der deutschen Preisunterbietung entgegenzutreten. Der deutsche Arbeiter wolle ebensowenig, wie der englische arbeitslos sein, aber beides wird andauern bis die Reparationsfrage gelöst und wirklich Friede in Europa wiederhergestellt sei. Die falschen Berechnungen des Versailler Vertrages stünden einem Wiederaufleben der Industrie im Wege, und wenn man die Lebenshaltung der englischen Arbeiter zu heben wünsche, müsse die Politik geändert werden, wodurch auch dem deutschen Arbeiter ermöglicht werde, sich einen genügenden Lohn zu sichern.

*

Rußlands Forderungen im Haag.

Von der Haager Konferenz berichtete „Manchester Guardian", daß in den Kommissionssitzungen mancherlei über Rußland bekannt geworden sei. Die Sachverständigen und Diplomaten waren recht naive Geschöpfe. Einer der russischen Delegierten bemerkte, daß jeder dort vertretene Staat Geld von Rußland verlange, indessen könne keiner der Gläubiger auf Rückzahlung hoffen, wenn Rußland nicht wiederhergestellt würde. Diese Aufklärung hat eine gelinde Bestürzung unter den nichtrussischen Delegierten hervorgerufen, so daß der Engländer Hilton Young ermahnte, sich aller Gemütsbewegungen zu enthalten. Das Ereignis der letzten Konferenz-Woche war die Darlegung des russischen Budgets und der Summen, die Rußland zum Wiederaufbau benötigte. Sie betragen 350 000 000 Pfund, die für Transporte, Ackerbau, Industrie, Handel- und Bankkredite verwandt werden sollten.

Der Schutz der Republik.

Berlin, 24. Juli. Mit der Begründung, daß eine staatspolitische Notwendigkeit vorliegt, ernannte die Regierung laut „B. T." einen Polizeipräsidenten für die noch nicht 200 000 Einwohner zählende Stadt Halle, und zwar den ehemaligen Kölner Polizeipräsidenten und Mehrheitssozialisten Runge.

w. **Berlin**, 24. Juli. (Drahtbericht.) Der Oberreichsanwalt ersucht uns, mitzuteilen, daß eine Belohnung bis zu zwei Millionen Mark ausgesetzt ist für die Ermittlung und Ergreifung von Personen, die zum Mord gegen Mitglieder der im Amt befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung oder einer Volksvertretung des Reiches oder der Länder (Ermordung der früheren Minister Erzberger und Rathenau, Attentat auf Oberbürgermeister Scheidemann und andere) sich verabredet oder sonst organisiert haben, oder die solche Verabredungen oder Organisationen durch Geld oder sonstwie unterstützt haben, und daß die Entscheidung darüber, ob die Belohnung verdient ist, wem sie gebührt und wie sie gegebenenfalls zu verteilen ist, endgültig durch den Oberreichsanwalt erfolgt.

w. **Leipzig**, 24. Juli. (Drahtbericht.) Die endgültige Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik ist folgende: Vorsitzender Senatspräsident Dr. Hagen, Stellvertreter Senatspräsident Dr. Richter, Mitglieder: Reichsgerichtsdirektor Dr. Baumgarten und Reichsgerichtsrat Dr. Zeitler. Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Alcken vom Landgericht Frankfurt a. M.

Zur Lage in Bayern.

Bayern und das Ausnahmegesetz.

w. **München**, 24. Juli. Der Landesvorstand der Deutschen Volkspartei Bayerns nahm in seiner gestrigen Sitzung eine Entschließung an, durch die die Ausnahmegesetzgebung zum Schutze der Republik abgelehnt wird. Besonders wendet sie sich gegen die Eingriffe in die Justiz- und Polizeihoheit der Länder. Sie billigt die Haltung der bayerischen Regierung in dieser Frage.

*

t. **München**, 24. Juli. In dem heute nachmittag abgehaltenen Ministerrat hat der demokratische Handelsminister Hamm, wie angezeigt wurde, sein Amt niedergelegt, wodurch die deutsch-demokratische Partei endgültig aus der Regierungskoalition ausgeschieden ist. Die-

Hechtfang im Schwarzwald.

Von **Hans Gäfgen**.

Unbewegt, von dunklen Tannen umstanden, liegt der Schluchsee in Tage.

Zu dritt besteigen wir den Kahn und gleiten hinaus auf den grün-blauen Spiegel des Wassers. Zwei von uns rudern, ich sitze hinten im Boot und bringe die Spule in Ordnung, auf der eine lange Schnur aus bestem Hanf aufgewickelt ist.

Ein silberhell blinkendes Eisenplättchen, neben dem sich ein starker Widerhaken befindet, wird an der Schnur befestigt und ins Wasser gelassen.

Von der leisen Strömung, welche die Fahrt des Kahnes hervorruft, wird das glitzernde Metall in wirbelnde Bewegung versetzt und schwimmt, wie ein kreisendes Licht immer tiefer sinkend, unserm Boote nach.

Rasch und immer rascher läuft die Schnur von der Rolle ab. Langsam, vorsichtig rudern die andern, indes ich die Schnur locker in die Hand nehme und jeder Zuckung achte, die durch den Hanf läuft.

Mit einem Male spüre ich Widerstand.

Ein leichter Anruf der Gefährten läßt das Boot halten. Langsam fährt es dann rückwärts, während ich die feuchte Schnur rasch aufspule.

Einer bereitet das Handnetz und führt es unter den Fisch. Vorsichtig ziehe ich das letzte Ende der Schnur hoch und staune — einen Ast an, in den sich die Angel verfing.

Ein paar Scherzworte halfen uns über den mißlungenen Fang hinweg, und wieder quirlt das Plättchen, hellaufleuchtend und dann versinkend, durch den See.

Nach einer Viertelstunde etwa fühle ich ein Rücken im Seil.

Wieder stoppt das Boot, wieder geht die Fahrt langsam rückwärts.

Ich beginne den Hecht, den ich jetzt bestimmt erhoffe, zu „drillen". Durch Anziehen der Schnur und erneutes Lockerlassen suche ich den Fisch zu erregen und ihn so zu bewegen, sich recht fest in die vermeintliche Beute — er hält das Metall für einen der im Schluchsee häufigen Silberfische — festzubeißen. Auch wird der Hecht durch das Drillen ermüdet und vermag die Schnur weniger leicht zu zerreißen.

Immer näher führen wir das Boot an den Fisch heran.

Wir erkennen, wie der mächtige Leib des Hechtes unter dem Wasserspiegel sich windet und mit seinem Hinterleib den See peitscht.

Bedachtsam, um den Fisch nicht zu erschrecken und ihn zu einem letzten verzweifelten Ruck, der die Beute oft noch entrinnen läßt, zu veranlassen, wird das Handnetz unter dem Leib des Hechtes ins Wasser geführt, und der Fisch vorsichtig emporgehoben, bis sein sich bäumender Körper auf dem Boden des Kahnes zur Ruhe kommt.

Wir lassen den Kahn treiben und bestaunen die Beute, welche wir auf etwa fünfundzwanzig Pfund schätzen. Bei der Rückkunft bestätigt die Wage unsere Annahme.

Haarscharfe Zähne lassen begreifen, daß selbst die größten Karpfen diesem Fische nicht widerstehen können. Unumschränkt herrscht dieser König der Schwarzwaldseen in seinem Gebiet.

Die Sonne steht schon tief im Westen, als wir der Landungsstelle zustreben, nun mehr, denn zuvor, der prachtvollen Landschaft achtend, die in ihrem Ernst den Menschen, der sie durchfährt, weihevoll stimmt und ihm den Frieden in die Seele gießt, den die Stadt mit ihrer Hast uns immer wieder raubt.

Ein paar Reiher, die am Ufer nisten, fliegen der Sonne zu. Von einem fernen Dorf kommen Glockenklänge.

Knirschend fährt unser Kahn in den Ufersand.

Kunst und Wissenschaft

Das Schicksal der Düsseldorfer Theater. Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: Die in letzter Zeit vielbesprochene Krise im Düsseldorfer Theaterleben hat sich nun dahin gelöst, daß tatsächlich die Direktion Dumont-Lindemann sich gezwungen sieht, das „Schauspielhaus" zu schließen. Eine Anzahl der Mitglieder, z. B. Dr. Peter Esser wurden bereits nach auswärts verpflichtet. Die städtischen Theater (Stadttheater und Apollotheater) verbleiben unter der Leitung des Intendanten Dr. Willy Becker. Als Oberregisseur des Schauspiels wurde Dr. Hanns Hermann Cramer verpflichtet.

Landesversammlung der Badischen evang. Vereinigung für Kirchen- und Volkskunst. Am 2. und 3. Juli hielt die evang. Vereinigung für Kirchen- und Volkskunst ihre Landesversammlung in Schwetzingen ab. Der der Ortsgemeinde und den auswärtigen Gästen gewidmete erste Tag bot einen künstlerisch gestalteten Gottesdienst, den Stadtpfarrer D. Frommel hielt und der Kirchenchor bereicherte. Der Jugend waren zwei Veranstaltungen gewidmet, am Morgen der evang. Schuljugend und mittags der älteren; in beiden boten die Jugendlichen selber Beweise ihres Könnens und ihrer Liebe zur Kunst. Im stark besuchten Familienabend war der Höhepunkt die Vorführung der Zeichnungen von Rud. Schäfer zum Neuen Testamente durch den Rektor des Heidelberger Schülerheims Fr. Kayser. Die Generalversammlung am 2. Tag nahm den Jahres- und Kassenbericht sowie ein Referat des Vorsitzenden Lic. K. Kühner von Waldkirch über die verschiedenen Vereine für religiöse Kunst entgegen, beschloß einen Mindestmitgliederbeitrag von 10 ℳ für 1922 und 15 ℳ für 1923 und empfahl den Anschluß unserer Veranstaltungen an die von anderer Seite geplante evang. Woche alljährlich an einem größeren Platz des Landes. Als Vertreter der Kirchenbehörde wohnte Oberkirchenrat D. Nutzinger den Verhandlungen an. Es geht mit der Kirchen- und Volkskunst in Baden vorwärts.

Ein Ausschuß für Verdeutschung in der Sprachlehre. Zur einheitlichen Verdeutschung der Fachwörter in der Sprachlehre hat jetzt der Reichsminister des Innern auf Anregung der Gesellschaft für deutsche Bildung einen Ausschuß eingesetzt. Zu Mitgliedern wurden berufen: Oberstudiendirektor Dr. Bojunga in Frankfurt a. M., der die Frage angeregt hat, Dr. Düsel in Berlin-Friedenau, Professor Dr. Eduard Engel in Bornim bei Potsdam, Professor Dr. Krüger, Lektor an der Berliner Technischen Hochschule, und der ordentliche Professor Dr. Sütterlin in Freiburg i. B., Mitglied des Gesamtvorstandes des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins.

Deutsche Sprachpflege in den Vereinigten Staaten. In der letzten Zeit regen sich wieder die Bemühungen um die Erhaltung der deutschen Sprache in den Vereinigten Staaten, wo sie während des Krieges zum Stillstand verurteilt waren. In Chicago, der Hochburg des Deutschtums, wird der im Kriege stillschweigend aufgegebene Unterricht der deutschen Sprache wieder amtlich in den Lehrplan der öffentlichen Schulen aufgenommen. Das gleiche geschieht in Philadelphia. An der Staatsuniversität in Berkeley haben im Sommerhalbjahr 600 Studierende die Kurse der deutschen Abteilung belegt. Auch von der Columbia-Universität wird eine wesentliche Zunahme der deutsch lernenden Studenten gemeldet. Die Pflege des deutschen Liedes und Männergesangs lebt wieder auf. Ende Juni hat in der Stadt Troy am Hudson ein großes mehrtägiges Sängerfest stattgefunden. Wagner ist in Neuyork wieder deutsch gesungen worden, und deutsche Frauen haben in einer erfolgreichen Sammlung das bedrohte Deutsche Theater in Chicago erhalten können.

Hochschulnachrichten. In Berlin verschied der bekannte Vertreter der experimentellen Physik an der Universität Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Heinrich Rubens, Mitglied der Preuß. Akademie der Wissenschaften, im Alter von 57 Jahren. Rubens, der aus Wiesbaden gebürtig war, wurde 1889 Assistent am physikalischen Universitätsinstitut in Berlin, erhielt 1892 an der Universität die venia legendi, 1895 eine Dozentur für Experimentalphysik an der Technischen Hochschule und Ostern 1900 die neuerrichtete zweite Physikprofessur ebenda. Michaelis 1906 erfolgte seine Berufung an die Universität Berlin als Nachfolger Paul Drudes.

ser Entschluß wurde in einer offiziellen Erklärung der Partei erklärt und begründet.

Der Bauernbund, der in Anwesenheit des Reichsernährungsministers Fehr im Landtag seine Beratung abhielt, nahm am heutigen Nachmittag eine Entschließung an, worin er alle verfassungsmäßig zulässigen Versuche der bayerischen Regierung billigt, welche geeignet sind, dem vom Reichsrat und Reichstag angenommenen Republikschutzgesetz die die bundesstaatlichen Hoheitsrechte bedrohenden Wirkungen zu nehmen, wobei aber besonders ausdrücklich hervorgehoben wird, daß er die Treue zum Reich und die Einheit des Reichs unter keinen Umständen preisgeben werde. Heute nachmittag 7 Uhr wurde eine Veröffentlichung der Regierung bekannt, welche die Bestimmungen des Republikschutzgesetzes für Bayern annimmt, den Staatsgerichtshof jedoch ausschließt.

t. **Nürnberg,** 24. Juli. Der „Fränkische Kurier" schreibt, daß die Beschlüsse, die nunmehr aus den Beratungen der Bayerischen Volkspartei und der Regierungsparteien zustande gekommen sind, Bayern in einer Art und Weise in einen Gegensatz zum Reiche stellen, daß der Gedanke der Reichseinheit schwer gefährdet erscheine und meint, daß der Weg, den man zur Klärung der Lage in München zu gehen für gut hält, offenbar nicht der rechte sei. Die Gefahr, daß das Pendel allzuweit nach rechts ausschlagen könnte, wozu die Anfangsgründe bereits gegeben seien, sei in bedrohlicher Weise bereits nahegerückt. Das Blatt mißt dann der Bayerischen Volkspartei die Alleinschuld für die Ablehnung des Vermittlungsvorschlages der demokratischen Partei und die volle Verantwortung für die entstehenden Folgen bei und stellt den Gedanken zur Erwähung, das bayerische Volk zu befragen, ob es mit der von der Bayerischen Volkspartei verfolgten Politik sich einverstanden erklärt.

Deutsches Reich

Aus dem Reichsgesetzblatt.

Das Reichsgesetzblatt Nr. 50 vom 17. Juli hat folgenden Inhalt: Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922. — Gesetz über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen. — Verordnung über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen. — Verordnung über Rekurse gegen Urteile des Militärversorgungsgerichts in Danzig. — Verordnung über das Branntweinmonopol. — Verordnung über den Rohrpostverkehr in München. — Bekanntmachung betreffend Einfuhrerleichterungen. — Verordnung über Manganerze und Eisenerze. — Verordnung über die Errichtung eines Fachausschusses für die Hausarbeit in der Stickerei und Spitzenklöppelei in den bayrischen Regierungsbezirken Oberfranken und Oberpfalz.

Die Kohlenförderung.

w. **Berlin,** 24. Juli. (Drahtber.) Die Vertreter der Bergarbeiterverbände werden in den morgen hier beginnenden Lohnverhandlungen mit der Arbeitsgemeinschaft des Ruhrbergbaus eine weitere Erhöhung der Arbeiterlöhne von 60—80 Mk. für die Schicht beantragen, nachdem erst kürzlich eine Lohnerhöhung um 65 Mk. eingetreten ist. Diese Hinaufsetzung der Löhne würde eine Hinaufsetzung der Kohlenpreise von mindestens 300 bis 350 Mk. für die Tonne mit sich bringen.

Zum Streik der Stettiner Seeleute.

w. **Stettin,** 24. Juli. (Drahtbericht.) Der Polizeipräsident gibt über den Streik bekannt, daß die ganze Bewegung keinen gewerkschaftlichen Charakter trägt, sondern den eines wilden Streiks. Etwa 400 Mann beteiligten sich daran. Die Gewerkschaften lehnen jede Unterstützung ab. Die Lage ist ruhig.

Bauarbeiter-Streik in der Provinz Sachsen.

w. **Magdeburg,** 24. Juli. (Drahtbericht.) Die Arbeitgeber im mitteldeutschen Baugewerbe haben den vom Bezirkslohnamt Sachsen-Altenburg gefällten Schiedsspruch auf Erhöhung des Stundenlohnes um 7 auf 35 ℳ abgelehnt. Die

…Landrat von Meißenheim
…ter Gefängnisstrafe von
…der Landrat, Dr. Ernst
…d von Beschwerden der
…nheim über einen aus
…nenden, früher dem deut-
…den, in Meißenheim sta-
…n Gendarmen eine Ein-
…er franz. Delegierten der
… gerichtet hatte und darin gebeten hatte, „dem Gendarmen eine streng sachliche, leidenschaftslose Beurteilung der seiner Beobachtung unterstellten Vorgänge anzuempfehlen". Gegen das Urteil hat Landrat Dr. Schwebel Revision eingelegt.

Aus Elsaß-Lothringen

t. **Straßburg,** 24. Juli. Der „Begutachtende Rat" (Conseil Consultatif), der Ersatz für den elsässischen Landtag, hat in der letzten Woche mit seiner Tagung begonnen. Ein Gesetzentwurf über die elsaß-lothringischen Eisenbahnen sieht bei Beibehaltung einer besonderen Direktion in Straßburg die Verpachtung dieser Bahnen an die private Ostbahngesellschaft auf eine Dauer von 30 Jahren vor. Der „Conseil Consultatif" hatte sich mit Ausnahme der ernannten Mitglieder und einiger Lothringer für die Beibehaltung des bisherigen staatlichen Charakters der Eisenbahnen Elsaß-Lothringens ausgesprochen. Die privatkapitalistische Richtung scheint aber, vorausgesetzt, daß der Entwurf Gesetz wird, den Sieg davon zu tragen. — Bemerkenswert ist, daß der Rat bei verschiedenen Gelegenheiten sich für die Erhaltung der deutschen Sprache einsetzte. So wurde verlangt, daß die Aerzte der Irrenanstalten der deutschen Sprache mächtig sein sollen. Auch die Bezirksarchivare sollen die Kenntnis der deutschen und der althochdeutschen Sprache besitzen müssen. Generalkommissar A la Petit erkannte diese Forderungen an.

Eine längere Aussprache nahm die Frage der Auszahlung der Lebensversicherungen deutscher Gesellschaften in Anspruch. Die Hauptvorlage der Sitzung bildete die Einführung der französischen Zivilversorgung. Die Kommission beantragte die Entscheidung bis zum Oktober zu vertagen. Endlich wurde noch ein Gesetzentwurf über die Einführung der französischen Mietsgesetzgebung angenommen. Das französische Gesetz kennt die Mieteinigungsämter nicht und überträgt die Rechtsprechung dem ordentlichen Gericht.

Aus Baden

Das Umlagegetreide.

Die Belieferung der Kommunalverbände mit Getreide oder Mehl durch die Reichsgetreidestelle ist auch für das Jahr 1922 in die Wahl der Verbände gestellt, und diese haben sich bereits darüber erklären müssen. Die Verkaufspreise der Reichsgetreidestelle für Mehl sind festgesetzt:

85%iges Roggenmehl	1400 Mk.	pro Doppelztr.
85%iges Weizenmehl	1470 Mk.	pro Doppelztr.
Roggenschrot	1350 Mk.	pro Doppelztr.
Weizenschrot	1410 Mk.	pro Doppelztr.
Krankenmehl	1650 Mk.	pro Doppelztr.

Alle Preise verstehen sich einschließlich Sackgewicht, aber ausschließlich Sack, und frachtfrei Bahn- oder Schiffsstationen des kaufenden Verbandes. Der Abgabepreis für Roggen seitens der Reichsgetreidestelle ist auf 10 800 Mk. pro Tonne, für Weizen auf 11 300 Mk., für Gerste auf 10 600 Mk. mit Zustimmung der Reichsregierung festgesetzt. Die vorstehenden Preise stellen auch die Rückkaufspreise dar, die die Kommunalverbände an die Reichsgetreidestelle zu entrichten haben.

Jagdverpachtung nach dem Dollarstand.

Kürzlich fand in Eppingen die Neuverpachtung der Gemeindejagd statt, wobei als Klausel im Pachtvertrag der Satz aufgestellt wurde:

„Der bei der heutigen Versteigerung erzielte Pachtpreis ist nur dann maßgebend, wenn sich unsere Valuta nicht weiter verschlechtern sollte. Sollte eine weitere Verschlechterung unserer Mark eintreten, so erhöht sich der jeweilige Pachtpreis dementsprechend. Maßgebend ist der Stand des Dollars." Der Jagdverein „Hubertus" Heidelberg hat sich in einem geharnischten Protest gegen eine derartige Bestimmung ausgesprochen, die nur dazu führen muß, daß die Pächter, um auf ihre Kosten zu kommen, den Wildbestand durch völligen Abschuß des Wildes zu vernichten genötigt sein würden. Auch wurde auf das unnationale Gepräge dieser Klausel hingewiesen. Die Abmachung wurde aber dennoch aufrecht erhalten, und die Jagd, deren Friedenspachtpreis jährlich 820 Mk. betrug, wurde um 45 000 Mk. an eine Gesellschaft in Karlsruhe verpachtet.

Die Besteuerung der Ausländer.

Die Berliner Handelskammer hat Beratungen über die verschiedenartigen Formen der sogenannten Fremdensteuer veranlaßt. Anwesend waren Vertreter des Auswärtigen Amts, des Finanz- und des Wirtschaftsministeriums, des Norddeutschen Lloyd und der Hapag, des Verbandes deutscher Hotelbesitzervereine, des Verbandes deutscher Verkehrsvereine, der Organisationen des Groß- und Kleinhandels usw.

Nach mehrstündigen Beratungen wurde eine Entschließung gefaßt, worin es u. a. heißt: Die Förderung des Fremdenverkehrs insbesondere des Ausländerverkehrs wird auch unter den heutigen Verhältnissen aus wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Gründen für dringend notwendig gehalten. Zuschläge jeglicher Art für Ausländer müssen wegen ihrer ungünstigen Wirkung aufs Ausland als überaus schädlich vermieden werden. Die beruflichen Organisationen sind fast entschlossen, jeder Uebervorteilung
… Der Deutsche Verkehrsverein
…gelegten Beschwerdefälle prüfen
…ündet sind, für Abhilfe sorgen.

… des Arbeitsmarktes.

…enziffer ist mit der anhaltend günstigen Entwicklung des Arbeitsmarkts in ständigem Sinken begriffen.

Der beträchtliche Bedarf der Landwirtschaft und der Industrie der Steine und Erden (insbesondere der Ziegeleifabrikation), ferner der Maschinenindustrie (soweit es sich um Facharbeiter handelt) und des Holz- und Schnitzstoffgewerbes blieb auf der Höhe der Vorwoche; ebenso zeigte sich die Papierindustrie nach wie vor für Arbeiterinnen aufnahmefähig, während sich in der Tabakindustrie das Verhältnis von Kräfteangebot und Nachfrage infolge einer gewissen Verminderung der Aufträge etwas verschlechtert hat.

Gute Beschäftigungsmöglichkeit bietet z. B. die Konservenfabrikation für weibliche Arbeitskräfte.

Der Bedarf des Baugewerbes konnte, wie schon bisher nur teilweise befriedigt werden. Der ganz besonders empfindliche Mangel an Maurern hemmt bis zu einem gewissen Grade die restlose Verwendungsmöglichkeit der (allerdings nicht mehr sehr zahlreichen) für Baurarbeiten noch in Betracht kommenden ungelernten Hilfskräfte.

*

t. **Mannheim,** 24. Juli. Die holländischen Rheinschiffer haben den Streik für alle Rheinschiffe, sowie Schleppdampfer proklamiert. Die deutschen Flußschiffe, die in den Niederlanden beladen wurden, dürfen mit deutschen Schleppdampfern rheinaufwärts geschleppt werden. Die deutschen Organisationen wurden verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß während der Dauer des Streiks kein Schiff nach Holland gelangt, niederländische Flußschiffe in Deutschland weder beladen noch gelöscht werden noch Kohlen erhalten und kein anderes Schiff durch deutsche Schleppdampfer stromaufwärts geschleppt wird. Die Ursache des Streiks liegt in einer Lohnherabsetzung von 10 %.

t. **Mannheim,** 24. Juli. In dem Maschinenhaus des Werkes Oppau der Badischen Anilin- und Sodafabrik entstand durch Bruch eines Wasserrohrs eine Explosion, die einen erheblichen Schaden anrichtete. Sieben Personen wurden verletzt, darunter eine schwer. — Am vergangenen Samstag ist der 65 jährige Fuhrmann Johann Lieblang an der Haltestelle Luzenburg beim Absteigen von der Straßenbahn mit dem Stiefelabsatz am Trittbrett hängen geblieben und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er heute im Krankenhaus starb. — Am hiesigen Nationaltheater fand eine große Feuerlöschprobe statt, an der sich die Berufsfeuerwehr, die städt. Feuerwehr und mehrere Fabrikfeuerwehren beteiligten. Außer den Straßenhydranten waren vier Motor- und eine Dampfspritze in Tätigkeit. — Nachdem am letzten Markttag die Schifferstädter Händler wegen der neuen Richtpreise gestreikt hatten, fanden sie sich indes am heutigen Markttag wieder ein. Auf die Einhaltung der Richtpreise wird nach wie vor streng geachtet.

t. **Heidelberg,** 24. Juli. Anläßlich der Tagung des Deutschen Brauerbundes findet am Mittwoch eine Schloß- und Brückenbeleuchtung statt.

t. **Rastatt,** 24. Juli. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag, etwa um 10½ Uhr, wurde auf der Landstraße zwischen Oetigheim und Rastatt, in der Nähe der Eisenbahnunterführung ein verheirateter Zimmermann von zwei unbekannten Männern überfallen, vermutlich in der Absicht, ihn seines Geldes zu berauben. Einer der Täter hat offenbar mit einem Messer mehrere Stiche auf den Angegriffenen geführt, wobei aber nur die Kleidungsstücke durchschnitten wurden und der Angegriffene keinen weiteren Schaden erlitt. Dieser setzte sich kräftig zur Wehr, warf einen der Täter in den Straßengraben und schlug mit den Fäusten auf ihn ein, während der andere Täter die Flucht ergriff.

t. **Meersburg,** 24. Juli. Die Reben in und um Meersburg weisen dieses Jahr im allgemeinen einen sehr reichen Fruchtansatz auf. Doch zeigt sich schon die Blattlaus. Das Bespritzen hat in verstärktem Maße eingesetzt.

t. **St. Blasien,** 24. Juli. Ueber den Bahnbau Titisee—St. Blasien hat die Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe auf eine Anfrage hin mitgeteilt, daß, wenn vom Reichsverkehrsministerium die zum Bau dieser Bahn nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, bis etwa Sommer 1924 die Strecke Titisee—Seebrugg in Betrieb genommen werden kann. Die Vorarbeiten für die Reststrecke Seebrugg—St. Blasien werden zur Zeit mit den zur Verfügung stehenden Kräften gefördert.

t. **Konstanz,** 24. Juli. Die große Lebensmittelteuerung veranlaßte eine Versammlung der Vertretungen der Verbraucherkreise und des Gewerkschaftskartells, an der auch die Amtsvorstände aus dem ganzen Bezirk, ferner die Erzeuger, Verbraucher, die Vertreter des Groß- und Kleinhandels, der Landwirtschaft, der Handels- und Handwerkskammern und mehrere Bürgermeister und Sachverständige teilnahmen. In der vierstündigen Beratung kam die große Erbitterung der Bevölkerung gegen die ungeheure Teuerung der Lebensmittel zum Ausdruck. Es wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der zum Ausdruck kommt, daß, um neuerliche Unruhen und Gewalthandlungen zu verhüten, eine alsbaldige Preisermäßigung auf allen Gebieten eintreten und diese zunächst bei der Landwirtschaft einsetzen muß. Spätkartoffeln sollen beim Erzeuger nicht mehr als 200 ℳ pro Zentner, Tafelobst 250—300 ℳ, Mostobst 150—200 ℳ pro Zentner kosten und ein Ei nicht mehr als 3 ℳ. Sämtliche Erschienenen verpflichteten sich, in ihren Kreisen mit allen Mitteln auf eine unverzügliche Preisminderung hinzuwirken.

Schule und Kirche

Lehrer und Religionsunterricht.

Man schreibt uns:

Die Sammler und Sammlerinnen für die K. E. V. (…
fach mit dem …
len keinen …
Diese unwa…
gabe von V…
trale" ausge…
ner und Fr…
ben. Die …
diese Unterst…
Nach dem A…
jeder Lehrer …
durch eine e…
lung des …
Von diesem …
rund 8500 …
Es ist also …
verschwinden…
religiöse…
hung der Kinder im Auftrage und unter ausdrücklicher Anerkennung der geleisteten Arbeit durch die Kirche. Wir weisen daher diese unlautere Hetze gegen uns Lehrer öffentlich mit tiefster Entrüstung zurück.

Verschiedene Drahtmeldungen

Die Angst vor der deutschen Konkurrenz.

w. **London,** 24. Juli. Nach einer Blättermeldung aus Melbourne erklärte der Ministerpräsident auf die Frage, ob etwas geschehen werde, um die australische Hüttenindustrie gegen die deutsche Konkurrenz zu schützen, die Regierung werde alles Nötige tun, um die australischen Interessen zu wahren.

Plan eines amerikanischen Völkerbundes.

w. **London,** 24. Juli. Der Neuyorker Korrespondent der „Westminster Gazette" meldet, Uruguay werde bei der nächsten panamerikanischen Konferenz im Mai 1923 die Bildung eines amerikanischen Völkerbundes beantragen.

Ende der Hungersnot in Rußland?

w. **London,** 24. Juli. „Daily Chronicle" meldet: Nach Ansicht der Vertreter der amerikanischen Hilfsexpedition ist die Hungersnot in Rußland so gut wie beendet. Ob eine Fortsetzung der amerikanischen Hilfe im nächsten Winter notwendig sein wird, wird später entschieden werden.

Wegen Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt.

t. **Darmstadt,** 24. Juli. Wegen Verrats militärischer Geheimnisse wurde der 20 Jahre alte Student Frey aus Darmstadt von der hiesigen Strafkammer zu 3 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte aus den Räumen der Darmstädter Bürgermeisterei Papiere entwendet und an die Franzosen verkauft.

Raubmord.

t. **Lindenfels** (Odenwald), 24. Juli. Der Kassenbote H. Gerstner der Firma Kreuzer & Böhringer in Lindenfels, ein 18jähriger gelernter Steinhauer, wurde am Freitag auf der Landstraße von Bensheim nach Lindenfels von zwei Brüdern namens Roßmann aus Gadernheim mit einem schwern Beile ermordet und eines Kassenbetrags von 40 000 ℳ, den er nach einem Steinbruche bei Elmshausen bringen sollte, beraubt. Der eine Roßmann ist verhaftet. Er wurde von der Schutzpolizei, bei der er bisher tätig war, entlassen.

Bunte Chronik

Giftige Pilze. In Randau bei Magdeburg erkrankten nach dem Genuß von Pilzen zwei Familien. Drei Personen sind bereits gestorben, andere schweben in Lebensgefahr.

Beim Zusammenstoß getötet. Am Sonntag wurde in dem Vorort Sellm ein Motorradfahrer von einem Lastkraftwagen überrannt. Der Ingenieur Burger aus München wurde sofort getötet. Eine Person wurde lebensgefährlich und zwei weitere schwer verletzt.

Mord durch Elektrizität. Einem entsetzlichen Verbrechen, das durch seine Begleitumstände ganz besondere Bedeutung erhält, ist man in der Ortschaft Boretto in der italienischen Provinz Reggio Emilia auf die Spur gekommen. Hier wurden der Landwirt Zambini und seine Schwiegertochter, die seit kaum einem Monat die Frau seines Sohnes war, in dem Weinberg Zambinis als Leichen aufgefunden; sie waren offenbar die Opfer der elektrischen Hochspannungsleitung geworden. Anfangs glaubte man an einen Unglücksfall. Bald aber entdeckte man, daß es sich um einen raffinierten Mord handelte. Im Gras versteckt fand man einen dünnen Draht, der mit der Leitung in Verbindung gebracht und von dort aus im Zickzack durch den Weinberg geführt worden war, wobei der Verbrecher sorgsam darauf geachtet hatte, den dünnen Draht durch Gras und Strauchwerk unsichtbar zu machen. Die Schwiegertochter war das erste Opfer. Auf ihren Todesschrei war Zambini herbeigeeilt und dabei auch in die elektrische Falle geraten.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Beobachtungen vom Montag, den 24. Juli 1922 (8 Uhr morgens M.E.Z.)

Ort	Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std.
Hamburg	751,7	16	WSW	leicht	Regen	9
Danzig	750,0	16	S	leicht	Regen	2
Berlin	752,4	17	W	mäßig	bedeckt	11
Frankfurt	753,8	16	W	schwach	wolkig	8
München	755,7	13	SSW	schwach	Regen	10
Kopenhag.	752,3	13	O	schwach	Regen	1
Stockholm	751,6	20	—	still	heiter	0
Haparanda	755,3	20	NO	leicht	wolkig	1
Skudenes	753,6	13	N	mäßig	halbbd.	0
Valentia	761,3	13	—	still	heiter	0
Paris	754,7	13	—	still	bedeckt	—
Toulouse	760,3	16	W	mäßig	bedeckt	—
Zürich	756,7	15	O	leicht	halbbd.	16
Wien	754,9	20	—	still	wolkig	0
Spitzbergen	—	—	—	—	—	—
Däreninsel	—	—	—	—	—	—
Seydisfjord (Island)	—	—	—	—	—	—
Jan Mayen	759,3	8	WNW	bedeckt	wolkig	0

Beobachtungen badischer Wetterstellen morgens 7²⁶

Luftdr.	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzt. 24 Std.
Wertheim Seehöhe 151 m							
	16	22	13	—	still	bedeckt	5
Königstuhl Seehöhe 563 m							
	12	19	12	SW	leicht	Nebel	6
Karlsruhe Seehöhe 120 m							
	16	20	15	SW	leicht	bedeckt	2
Baden-Baden Seehöhe 213 m							
	15	20	16	SW	leicht	bedeckt	8
Badenweiler Seehöhe 420 m							
	15	29	18	O	leicht	wolkig	4
St. Blasien Seehöhe 780 m							
	14	20	10	—	—	halbbd.	8
Villingen Seehöhe 712 m							
755,7	15	20	12	W	leicht	wolkig	3
Feldbergerhof (Schw.) Seehöhe 1281 m							
647,2		13	8	W	schwach	Nebel	10

Allgemeine Witterungs-Uebersicht.

Das Tiefdruckgebiet hat sich über ganz Nord- und Mitteleuropa ausgebreitet, und bei seinem Vorübergang auch in Süddeutschland verbreitete Gewitter und Strichregen gebracht. Die Regenfälle dauern auch heute noch an, da ein Tiefdruckausläufer von Frankreich über unser Gebiet hinwegzieht. Für morgen ist dagegen mit einem Vorstoß des Hochdruckgebietes über dem Ozean und mit Nachlassen der Niederschläge zu rechnen, doch sind vereinzelte Regenschauer noch wahrscheinlich.

Wetteraussichten für Dienstag, den 25. Juli: Im allgemeinen Besserung der Witterung, doch noch vereinzelt Strichregen, ziemlich kühl, westliche bis nördliche Winde.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	24. Juli	23. Juli
Schusterinsel	2.75 m	2,80 m
Kehl	3,59 m	3,68 m
Maxau	5.58 m	5,68 m
„ mittags 12 Uhr	— m	5,85 m
„ abends 6 Uhr	— m	5 63 m
Mannheim	4,79 m	4,91 m

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die Selbstausrechnung der Besoldungsbezüge.

Von Policarpus.

II.

Bekanntlich wird seit Juli 1920 bei der Gehaltszahlung auch die Einkommensteuer ganz oder teilweise einbehalten. Wer also das dem Beamten bar zu zahlende oder zu überweisende Gehaltsbetreffnis richtig ansetzen will, muß auch die gesetzlichen Vorschriften des Steuerabzugs beherrschen. Auch diese haben, wie als bekannt vorausgesetzt werden darf, verschiedene Wandlungen durchgemacht und befinden sich augenblicklich wieder im Stadium der Abänderung. Maßgebend für die beim Steuerabzug zu berücksichtigenden Freiteile sind die Angaben des Steuerbuches, das bei der zahlenden Kasse hinterlegt ist. Diese ist auch für den richtigen Steuerabzug dem Reich gegenüber verantwortlich. Auf die Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohne und die besondere Bekanntmachung des Reichsfinanzministers vom 2. Januar 1922 betr. Steuerabzug bei Behörden sei in diesem Zusammenhang kurz verwiesen. Daß jeder Beamte die maßgebenden steuergesetzlichen Bestimmungen und Vollzugsvorschriften kennt, wird man nicht behaupten wollen. —

An sonst noch zu bewirkende Abzüge (wie z. B. Miet- und Wasserzinse für Dienstwohnungen, Kranken-, Lebens- und Versicherungsbeiträge und ähnliches) soll ebenfalls nur andeutungsweise erinnert werden.

Ueberschaut man so das ganze Gebiet der bei der Ausrechnung der zu zahlenden Besoldungsbezüge in Betracht kommenden Gesichtspunkte, so wird man gewahr werden, daß es für den Nichteingeweihten manche Irrgänge oder Abwegigkeiten bietet, die in der Praxis zu üblen Fehlerquellen werden. Selbst den Fachmann wird bei der Fülle von Aenderungsmöglichkeiten die einwandfreie Berechnung einige Aufmerksamkeit, wenn nicht Anstrengung kosten. Die Ausrechnung der zu zahlenden Besoldungsbetreffnisse den einzelnen Beamten zu überlassen, darüber sind ja Versuche im Gange, sie werden aber immer auf bestimmte Gruppen begrenzt bleiben müssen und deshalb keine durchgreifende und fühlbare Erleichterung im Ganzen bringen.

Soweit die Auszahlung zur Beschleunigung auf Grund von Selbstausrechnungen gewisser Beamtengruppen zugelassen wird, muß doch sofort eine Nachprüfung bei der Zentrale vorgenommen werden, um Irrtümer möglichst schnell aufzuklären und die Berichtigung herbeizuführen. Die Arbeit des Nachrechners und der Ueberwachung des richtigen Vollzugs der Ausgleichung von Ueber- oder zu Wenig-Zahlungen erfordert nach der Hand Kräfte der Zentralbehörde, Kräfte, die das erste Mal richtig angesetzt fruchtbarer wirken, so aber einen Aufwand bedeuten, der wenig oder überhaupt nicht produktiv erscheint. Oder glaubt man die Auffindung und Beseitigung der Fehler in den jeweiligen Gehaltsselbstberechnungen dem Empfangsberechtlichen, dem Jahresabschluß oder der Revisionsbehörde überlassen zu können?

Der Empfangsberechtigte wird sich im allgemeinen nur dann melden, wenn er entdeckt, daß er zu wenig erhalten hat oder glaubt, erhalten zu haben; wenn er eine Ueberzahlung bemerkt, so wird er sich zunächst darauf gefaßt machen und dabei beruhigen, daß ihm der zuviel bezahlte oder gutgeschriebene Betrag beim nächsten Fälligkeitstermin angerechnet wird; ob das dann wirklich zutrifft, darüber zu wachen, ist er weniger stark interessiert. Die Wahrscheinlichkeit ist größer, daß falls die nächstfällige Zahlung nach seiner Ansicht klappt, der Irrtum bei der vorhergehenden vergessen und unberücksichtigt bleibt. Auf dem Wege der Reklamation durch den Empfangsberechtigten erst auf Fehler in der Gehaltsberechnung aufmerksam gemacht zu werden, sollte aber für eine staatliche Kasse kein erstrebenswerter, sondern zu vermeidender Zustand sein, denn das ist klar, daß solche Reklamationen nach und nach zum Vertrauen in den ordnungsmäßigen Geschäftsbetrieb des Staates nicht beitragen.

Andere meinen beim Jahresabschlusse werden oder müssen sich ja die Zuviel- oder Zuwenig-Zahlungen glatt herausstellen. Das mag unter der Voraussetzung, daß die nach der jetzigen kameralistischen Buchführung üblichen Soll- und Hatbeträge am Jahresschlusse genau feststehen, zutreffen. Der Eingeweihte wird aber wissen, daß er zu dieser Feststellung nicht am Neujahrsmorgen aufwacht und sie fein säuberlich vorfindet, sondern daß, bis es soweit ist, nach Jahresschluß — und sagen wir zutreffender nach dem 31. März (dem jetzigen Rechnungsabschlußtermin) — noch einige Zeit vergeht. Wenn nach diesem Rezept verfahren wird, so werden Leute, die im April 1922 oder später, ohne es zu bemerken, zu wenig erhalten haben, im Mai oder Juni 1923 vielleicht die Nachzahlung erwarten dürfen. Wie werden sich aber jene erst freuen, die um diesen Zeitpunkt (Frühsommer 1923, wo sie vielleicht in Urlaub zu gehen sich anschicken) von der gehaltszahlenden Kasse darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie „nach Durchsicht unserer Bücher" 100 *M*, 1000 *M*, 1500 *M* oder mehr zuviel erhalten und rückzuersetzen hätten! Die wenigsten der mit solchen Schreiben Beglückten werden am anderen Tag den erbetenen Betrag auf den Tisch der Landeshauptkasse legen, sondern . . . . das weitere braucht man nicht auszumalen.

Und erst die Revisionsbehörde. Die bekommt nämlich die Bücher und Belege erst vorgelegt, wenn die Kasse dieselben selbst abgeschlossen hat. Ihre Beanstandungen wirken also oder allerdings geradeso erfreulich oder noch um einige Grade überraschender, wie im vorigen Absatz dargestellt, wobei die Frage überdies offen bleiben kann, ob die Revision überhaupt Zeit hat, in alle Einzelheiten einer Gehaltsrechnung hinabzusteigen.

Glaubt aber jemand, daß unter den beschriebenen, verwickelten Besoldungsverhältnissen Irrtümer bei Selbstausrechnung durch die einzelnen Beamten absolut vermieden werden könnten? So wird es wahrscheinlich besser sein, die Festsetzung der Besoldungsbezüge einstweilen berufenen Kräften zu überlassen und an dem bewährten Spruch festzuhalten: lieber langsam aber sicher!

Dieses zunächst reaktionär anmutende Urteil wird bei Anwendung moderner Mittel im Betrieb der Kassen- und Rechnungsbehörden schon eine günstigere Auffassung finden, wenn erst einmal von der Gehaltsauszahlung gesagt werden kann: „schnell und doch sicher". Damit sind wir aber beim „technischen Ausbau" angelangt, worüber hier ja nicht geschrieben werden wollte.

Dieser Ausbau wird und muß kommen. Die Einsicht sollte aber aufdämmern, daß der Ausbau erschwert und noch mehr verzögert wird, wenn der Betrieb der Landeshauptkasse durch verfehlte Experimente in ein Chaos hineingeführt wird.

Die Kurse der Effekten.

Die Hausse in Harpener Bergbau-Aktien hat die Frage der Anpassung der Effektenkurse an die Sachwerte wieder einmal blitzhell erleuchtet. Diese hat ihre Ursache in dem Umstand, daß man das Unternehmen, das noch mit Goldkapital arbeitet, plötzlich richtig einschätzen lernt, auch wenn, wie es scheint, die Gerüchte über eine Kapitalserhöhung nicht zutreffen. Werden nun die anderen Montanaktien im Kurse folgen und vielleicht den ganzen Aktienmarkt mit nach oben ziehen? Zunächst wird wohl voraussichtlich die Geldknappheit weiter ein starkes Hemmnis für Kurserhöhungen bilden. Auch sind viele junge Aktien aus den letzten Emmissionen noch nicht oder nur schlecht plaziert. Das sind wichtige Momente, die einer Hausse im Wege stehen. Andererseits aber können sich auf die Dauer die Effektenkurse der allgemeinen, sehr scharfen Umwertung aller Werte nicht entziehen. Denn es widerspricht z. B. jeder Logik, daß eine Aktie bei einem Dollarkurs von 500 um die Hälfte billiger steht, als seinerzeit bei einem Dollarkurs von 200.

Es wird häufig darauf hingewiesen, daß bereits Zeichen für einen Konjunktur-Rückschlag vorhanden seien. Zugegeben, daß dies der Fall ist, so muß man bedenken, daß die Industrie sich für die schlechten Jahre bereits in den vorausgegangenen sieben fetten Jahren durch Rücklagen gewappnet hat. Außerdem zeigt das Beispiel von Oesterreich, daß weder Geldknappheit noch unplaziertes Aktienmaterial bei dem Zerfall einer Währung im Zusammentreffen mit dem Emporschnellen der Waren- und Sachwertpreise eine scharfe Höherbewertung der Aktienkurse auf die Dauer aufzuhalten vermag.

Hierzu tritt dann — wahrscheinlich über Nacht — die Flucht vor der Mark und damit auch das Eintreffen großer Auslandskäufe. Denn der valutastarke Ausländer kann die besten und feinsten deutschen Industrieaktien zu einem Spottgeld kaufen. Und es ist wahrlich ein sehr verkehrtes Gebahren mancher Kreise, sich gegen jede Kursbesserung zu wenden, denn dadurch wird nur dem Ausland genutzt, indem die guten Aktien weit unter ihrem wirklichen Wert in Paketen über die Grenzen gehen.

Aber auch vom rein steuertechnischen Standpunkt aus liegt kein Anlaß vor, die Unterbewertung des Effektenbesitzes zu fördern. Im Gegenteil. Je mehr die Kurse sich dem inneren Wert der Gesellschaften nähern, umso eher werden die steuerlichen Abgaben aus Besitz der Wirklichkeit entsprechen. Trotz vieler Bedenken und Hemmungen dürfte somit bei den derzeitigen Valutaverhältnissen — die in absehbarer Zeit nur durch ein Wunder anhaltend gebessert werden können — eine Kurssteigerung der Aktienwerte nicht aufzuhalten sein. Denn es ist, wie gestreift, auf die Länge der Zeit unmöglich, daß die Aktien in einer Zeit steigender Preise im Kurse stabil bleiben, während zu gleicher Zeit die Sachwerte der Gesellschaft — Grundstücke, Häuser, Maschinen, Waren, Autos und totes und lebendes Inventar — in unaufhaltsamer Weise im Werte um ein Vielfaches höher gehen. L. L.

IV. Deutscher Studententag.

t. **Würzburg**, 24. Juli. (Drahtber.) Der IV. deutsche Studententag, der bekanntlich in Marburg stattfinden sollte, vom preußischen Staatskommissar Weismann jedoch auf Grund der Schutzgesetzgebung verboten wurde, fand hier in einer vorbereitenden Sitzung seine Eröffnung. Es wurde eine Entschließung angenommen und darin die schärfste Verwahrung gegen das Verbot der Marburger Tagung eingelegt. Darauf wurde die Marburger Studentenschaft beauftragt, wegen des Verbots auf dem Wege der Schadenersatzklage vorzugehen. Ein Antrag, der die Gießener Studentenschaft damit beauftragt, gegen den Vorstand der deutschen Studentenschaft, Holzwarth, auf Feststellung der Richtigkeit der Göttinger Notverfassung und der Honnefer Beschlüsse zu klagen, wurde angenommen.

Die Vormittagssitzung war sodann der Erörterung grundsätzlicher Fragen gewidmet. Das Hauptthema des Tages hieß „Großdeutsch oder Kleindeutsch?". Dieses Thema liegt in einer Reihe formulierter Fragen der Versammlung vor. Die erste Frage: „Soll die Studentenschaft als deutsche Kulturgemeinschaft die Grenzen des Deutschen Reiches überschreiten?" wurde einstimmig bejaht. Die zweite Frage: „Soll der Aufbau der deutschen Studentenschaft durch Zusammenschluß der einzelnen Studentenschaften erfolgen?" wurde gleichfalls einstimmig bejaht. Frage drei: „Sollen die Ziele der deutschen Studentenschaft im Gegensatz zur Göttinger Notverfassung, im Sinne der Mehrheit an den Aufgaben der Hochschulen mitzuwirken, verwirklicht werden?" wird bei einer Enthaltung bejaht. Frage vier: „Soll es der einzelnen Studentenschaft überlassen bleiben, aus den Zielen der Deutschen Studentenschaft das zu verwirklichen, was im Rahmen der einzelnen Hochschulen möglich ist?" fand allgemeine Zustimmung. In der weiteren Erörterung der gesinnungsmäßigen Zusammensetzung der Studentenschaften wurde die fünfte Frage: „Soll die deutsche Studentenschaft aus einer Kulturgemeinschaft aller deutschen Studentenschaften des deutschen Sprachgebietes bestehen, wobei den besonderen staatlichen Bildungen innerhalb des Reiches Rechnung zu tragen ist?" gegen eine Stimme bejaht. Von der sechsten Frage: „Sollen die reichsdeutschen Studentenschaften als Mitglieder aufnehmen a) alle reichsdeutschen Staatsangehörigen, b) alle Auslandsdeutschen deutscher Abstammung und Muttersprache?" wurde bei a) einstimmig, bei b) gegen eine Stimme bejaht. Bei der siebenten Frage: „Sollen als auslandsdeutsche Studentenschaften anerkannt werden alle Studentenausschüsse, die die Mehrzahl der deutschen Studenten deutscher Abstammung und deutscher Sprache an einer Hochschule in sich vereinigen?" erhoben sich Schwierigkeiten aus der mißverständlichen Formulierung. Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung wurde auch diese Frage bejaht. Die Nachmittagssitzung ging in demselben Rahmen vor sich, wie die des Vormittags. Die weitere Arbeit wird in den Ausschüssen fortgesetzt.

Sport/Spiel

Fußball.

Beiertheimer Fußballverein. Bei den am Sonntag in Konstanz abgehaltenen internationalen leichtathletischen Wettkämpfen des dortigen F.C. 1900 errang unser Mitglied Eduard Frank bei starker Konkurrenz im Stabhochsprung den 1. Preis; Mitglied Walter Oehme im Hochsprung den 3. Preis und Gg. Fuchs im 1500-Meter-Lauf den 5. Preis.

Der Verein für Bewegungsspiele Grötzingen 1906 hielt am Freitag seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab, die sich eines zahlreichen Besuches erfreute. Nach eingehender Berichterstattung durch den Schriftführer und Vorsitzenden über die Tätigkeit des verflossenen Jahres und nach Erledigung des übrigen Teiles der Tagesordnung schritt man zu den Neuwahlen, die folgende Ergebnisse brachten. In den engeren Vorstand wurden gewählt: Robert Allgaier, 1. Vorsitzender, Ludwig Schaber, 1. Schriftführer und Spielausschußvorsitzender, Karl Vollmer, 1. Kassier.

Schwimmen.

Erfolge Karlsruher Schwimmer. Bei dem am Sonntag in Mannheim abgehaltenen Kreisschwimmfest, in dem die besten süddeutschen Schwimmer vereinigt waren, war das Jugendrückenschwimmen eine sichere Beute des Jugendmitglieds Oskar Wunsch vom Schwimmverein Neptun, Karlsruhe; dieser schwamm die 100 Meter in der guten Zeit von 1,24 und unterbot damit die Zeit der Junioren sowie der 2. und 3. Senioren. Gleich zu Anfang übernahm Wunsch die Führung und mit einem großen Vorsprung ging er durchs Ziel. Auch Fräulein A. Borngesser ging im Damenbrustschwimmen 50 Meter nur ⅕ Sek. hinter der ersten, die in einem andern Lauf lag, durchs Ziel.

Geschäftliche Mitteilungen.

Was ist Sauerstoff-Fraß in der Wäsche? Professor Heermann, der Leiter der Textilchemischen Abteilung am Materialprüfungsamt in Berlin-Dahlem, hat gefunden, daß unter gewissen Umständen mit Unterstützung stets vorhandener Katalysatoren (Spuren von Rost, Kupfer) die Faser der Wäsche durch Bildung von Oxy-Cellulose angegriffen wird und die Erscheinung des sogenannten Sauerstoff-Fraßes hervorruft. Dieser äußert sich in dem Auftreten winziger, punktförmiger Löcher in der Wäsche. Zum Waschen sollten daher an Stelle der sogenannten „selbsttätigen" Waschmittel, die Bleich- und Sauerstoff-Salze enthalten, welche der Wäsche auf die Dauer nachgewiesenermaßen erheblich schaden, nur reine Seifenpulver verwendet werden. Es wird daher empfohlen, die Wäsche mit Seifenpulver Schneekönig, welches 80% Fettgehalt besitzt, zu reinigen. Man erhält so eine vorzügliche Wasch- und Reinigungswirkung und eine äußerst milde und schonende Wirkung auf die Wäsche.

Wanzentod bestes Radikalmittel, zu haben bei **Friedr. Springer, Karlsruhe,** Markgrafenstraße 52, Telephon Nr. 263.

Die Gebührenordnung für die Kaminfeger betr.

Der durch ortspolizeiliche Vorschrift für die Stadt Karlsruhe vom 7. März 1922 festgesetzte Teuerungszuschlag von 300% zu den Grundgebühren der Kaminfeger wird mit Wirkung vom 1. Mai ds. Js. auf 600%, vom 1. Juli auf 700% und vom 1. August ds. Js. ab auf 1300% erhöht.

Die letztere Festsetzung gilt für die Dauer von drei Monaten vorbehaltlich früherer anderweitiger Regelung.

Karlsruhe, den 24. Juli 1922. O.Z. 101.
Bezirksamt III.

Maul- und Klauenseuche betr.

Nachdem im Gehöft des Valentin Horzel in Grünwinkel, Durmersheimerstraße 194, Gemarkung Daxlanden, die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen.

A. **Sperrbezirk.**
Das verseuchte Gehöft bildet einen Sperrbezirk i. S. der §§ 161 ff. der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Reichsviehseuchengesetz.

B. **Beobachtungsgebiet.**
Um den Sperrbezirk (A) wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz, bestehend aus dem Stadtteil Grünwinkel mit den an der Durmersheimerstraße auf Gemarkung Daxlanden gelegenen Gehöften gebildet.

Karlsruhe, den 21. Juli 1922. O.Z. 100.
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion — b —.

Altmaterial.

An dem Latrinengebäude hinter der Schloßkaserne **Durlach** und an dem Stall für 32 Pferde aselbst ist an den Meistbietenden zu vergeben:

1. Das Abnehmen und Wegführen von ca. 360 qm **Schieferdeckung,**
2. desgl. von Dachrinnen, Regenrohren, **Dacheinbänden** und Entlüftungshüten aus **Zinkblech** und Rohren aus **Gußeisen.**
3. desgl. von zwei **schmiedeeisernen Toren** je 2,60/3,00 m,
4. außerdem eine schwere **gußeiserne Aborttonne,** lagernd auf dem städt. Bauhof in Durlach.

Angebote pro qm bezw. pro kg baldigst erbeten an das **Bezirks-Bauamt Karlsruhe,** Stefanienstraße 28.

Notleidende Verpächter!

Schließt Euch dem bad. Grundbesitzerverband an. Er vertritt Eure Interessen in all. Pachtfragen!
Der Badische Grundbesitzerverband
Geschäftsst.: **Karlsruhe,** Schloßpl. 23. Fernsp. 3808.

Freiwillige

Grundstücks-Versteigerung

Auf Antrag der Landwirt Bernhard Kober, Erben in Karlsruhe-Daxlanden werden die nachbeschriebenen Grundstücke am

Dienstag, den 1. August 1922
vormittags 8 Uhr

im Geschäftszimmer des Notariats IV, Kaiserstraße 184, Zimmer 11, öffentlich versteigert. Die Versteigerungsbedingungen können kostenfrei auf der Kanzlei des Notariats, Zimmer 10, eingesehen werden.

Beschreibung der Grundstücke u. Schätzung.

a. Gemarkung Daxlanden.

1. Lgb.-Nr. 15443: 8 a 14 qm Haus, Pfarrstraße 53	Anschlag	120000 M.
2. Lgb.-Nr. 18017: 9 a 11 qm Wiese Gewann Fritschlach	Anschlag	300 M.
3. Lgb.-Nr. 18612: 12 a 80 qm Acker, Gewann Krämeräcker	Anschlag	1050 M.
4. Lgb.-Nr. 19389: 3 a 79 qm Acker, Gewann Kurze Aecker	Anschlag	370 M.
5. Lgb.-Nr. 19400: 8 a 14 qm Acker, Gewann Kurze Aecker	Anschlag	800 M.
6. Lgb.-Nr. 19249: 12 a 36 qm Acker, Gewann Transchement	Anschlag	750 M.
b. Gemarkung Forchheim.		
7. Lgb.-Nr. 1632: 12 a 24 qm Acker, Gewann Haidenrot	Anschlag	2000 M.

Karlsruhe, den 20. Juni 1922.
Bad. Notariat IV.

Karlsruher Auktionshalle

Durlacher Allee 27, Haltestelle Georg-Friedrichstr. **Telephon 2748 und 4783.**

Versteigerung.

Mittwoch, den 26. d. M., vorm. 9 Uhr beginnend, versteigern wir Möbel aller Art: Schreibtische, Schränke, Kommode, Waschtische, Nachttische, Chaiselongues, Betten m. Roßhaarmatratzen, Federbetten, Oelgemälde, Salonbilder, geschnitztes Sofa mit 6 Polsterstühlen, Biedermeiermöbel, Tische, groß. Spiegel, Nippsachen, Uhr unter Glas, Staffeleien, Liegeklappstühle, Reklamelaterne, Gas- u. Petroleumofen, Teppich, Alarmkassette, Gummimantel, Damenlüstermantel, 1 gr. elektr. Lüster, Kinder-, Damen- und Herrenschuhe, Kindersommeranzüge, blau, Kinderschürzch., Kinderstrümpfe, 1 gr. Anzahl Herrenkragen, Manschetten, Vorhemden, 1 schw. Herd, **1 transp. Kochkessel, 2 Milch-Zentrifugen, 2 Ladentheken, Schäfte, div. Glaskasten, 1 Karosserie,** offen, für 4-Sitzer, **1 Bandsäge,** Eisenkonstruktion, 700 mm Rollen-Durchmesser u. vieles andere.

Sasse & Marzluff,

Verwertungs-Institut für Waren aller Art.

Soziale Frauenschule Karlsruhe

des Badischen Frauenvereins.

Staatlich anerkannte Schule mit 2jährigem Kurs und staatliche Prüfungsstelle. — Beginn des Jahreskurses jeweils Mitte September. — Satzung u. Auskunft bei der Leiterin, Fräulein Dr. Schenck, Sofienstraße 39/41 u. b. Bad. Frauenverein Gartenstr. 49/51.

Zionistische Ortsgruppe.

Donnerstag, den 27. Juli 1922, abends 8 Uhr, findet im Vereinslokal, Herrenstr. 11, eine

Versammlung

statt mit dem Thema:

Bericht über die Frage des Palästinamandats

Referent: **Dr. Julius Rosenfeld.**

Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

D. H. V.

Gewerkschaft der deutschen Kaufmannsgehilfen.

Außerordentliche Mitgliederversammlung
am **Dienstag, den 25. Juli, abends 8 Uhr,** im **Gartensaal Moninger.**

Tagesordnung:
1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Kollegen Aug. Schneider, Mannheim.
2. Beitragsfragen.

Zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich.
Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Ortsgruppe Karlsruhe.
Der Vorstand.

Der beste **Rasierapparat** der Welt **Mulcuto** Hohl-Schliff mit immerwährender Klinge
Enorm Geld sparend
1. Verletzen unmöglich
2. Schmerzlos spielend
nimmt d. Messer den Bart ab u. bleibt jahrelang ohne Schleifen haarscharf.
In ff. Etui M. 195.-, Extra-Qual. M. 307.-, Garnit. m. Seife, Pinsel usw. in ff. Etui Nr. 50 M. 463.-.
Mulcuto-Werk, Solingen.
Druckschrift: „Ratschläge für Selbstrasieren" gratis
Fabrikniederlage **Hammer & Helbling** Stahlwarengeschäft, Karlsruhe, Kaiserstraße.

Druckarbeiten

eden Umfangs liefert rasch und in tadelloser Ausführung die
Tagblatt-Druckerei, Ritterstr. 1, Fernspr. 297

Württbg. Schwarzwald
Gasthof zum Löwen
Nagold.
Pension, sehr gute Verpflegung von 150 Mk. an. Bei Anfragen Retourmarken.

Jalousie, Rolladen-Fabrikation.
Reparatur-Werkstätte.
W. Bäuerle
Rüppurrerstraße 20.
Elektr. Kocher und Heizöfen
Warmwasserbereiter
Beleuchtungskörper
Emil Schmidt & Kons.
Kaiserstraße 209.

Abonnenten
kauft bei Inserenten des Karlsruher Tagblatts.

Wirte und Bierpreis.

Der Wirteverein Karlsruhe und Umgebung hielt am Montag hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der zwei augenblicklich für das Gastwirtsgewerbe äußerst wichtige Fragen zur Erörterung gelangten. Zur Bierpreiserhöhung gab Geschäftsführer Reichert einen kurzen und umfassenden Bericht über die in dieser Frage mit den Gewerkschaften, den Konsumentenvertretern und den Brauereien geführten Verhandlungen. Diese Verhandlungen, die ein völliges Verständnis auf seiten der Verbraucher für die schwierige Lage des Wirtsgewerbes zeitigten, geben — und das ist bei den Verhandlungen mit den Brauereien von äußerster Wichtigkeit — die Gewißheit, daß die Einigkeit der Gastwirte untereinander nicht durch eine falsche Furcht vor den Vorwürfen der Verbraucher gestört wird. Auf Grund der Bierpreiserhöhung beträgt jetzt der Ausschankpreis für ein Dreizehntel-Liter-Glas Lagerbier 6.50 ℳ, für Exportbier 7.50 ℳ. Die Einkaufspreise betragen 1200 bezw. 1400 ℳ. Die neuen Preise treten am Mittwoch früh in Kraft.

In der Diskussion wurde u. a. betont, daß der Wirt es als billig verlangen könne, daß er mit dem gleichen Rechte, wie die Brauereien, die Preise selbst mache, wenn, wie es jetzt geschehen sei, dies in selbstverständlicher Rücksichtnahme auf die Verbraucherinteressen geschieht. Bezüglich der Flaschenbierpreise soll der Preis beim Verkauf über die Straße 13 ℳ, beim Verkauf in der Wirtschaft 15 ℳ betragen. Die ganze Bierpreiserhöhung wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen.

Sodann nahm die Versammlung Stellung zu den neuen Lohnforderungen der Gastwirtsangestellten und informierte sich hierbei aus dem Bericht des Kollegen Reichert über die Kommissionsberatungen. Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 9. Mai 1922 waren mit der Bestätigung des Landeskommissärs, rückwirkend ab 1. April 1922, die Einkommen sowohl des früher Trinkgeld empfangenden Personals, als auch des festbesoldeten Personals festgelegt worden. Die neuen Lohnforderungen haben bereits ihren Weg vom Schlichtungsausschuß zurückgefunden und waren Gegenstand eingehender Kommissionsberatungen. Der Schiedsspruch sieht nun für die erste Klasse des Personals eine durchschnittlich 100prozentige Erhöhung der Garantiesätze vor. Das wurde als mit den Interessen des Wirtsgewerbes nicht vereinbar und als von seiten der Angestellten unberechtigt abgelehnt. Dagegen ist die Kommission bei der Behandlung des festbesoldeten Personals der Ansicht, daß ein Entgegenkommen und eine Besserstellung eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Sie trägt dem Rechnung, indem sie die Sätze vom 9. Mai um durchschnittlich 80 Prozent (teilweise sogar mehr) erhöht. Die durch den Schiedsspruch bekannt gegebenen Sätze sind jedoch (sie bedeuten eine 120prozentige Erhöhung) für die Gastwirte unannehmbar. Die Versammlung stellte sich ohne wesentliche Debatte einmütig auf den Standpunkt der Kommission. Angeregt wird noch, daß allgemein der Prozentsatz auf Speisen und Getränke von 5 Prozent nicht überschritten wird.

Von nicht geringer Bedeutung dürfte der Standpunkt der Versammlung sein, der sich im Laufe der Beratung über die Gehaltsfrage entwickelte. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ist nach Ansicht der Wirte zu ihren Ungunsten ausgefallen. Die 80prozentige Lohnerhöhung ist das Angebot des Gastwirtsverbandes und mit diesem Angebot geht nunmehr die Erledigung der Streitfrage an den Landeskommissär. Sollte nun hier etwa der Schiedsspruch in der für die Wirte unannehmbaren Form bestätigt werden, so werden, das kam in der Stimmung der Versammlung einmütig zum Ausdruck, die Wirte als letztes Mittel den Gastwirtsstreik proklamieren.

Aus dem Stadtkreise

Umbenennung der Eisenbahn-General-Direktion in Karlsruhe.

Amtlich wird gemeldet:

Unter der Ueberschrift „Zurücksetzung Badens" findet sich in Nr. 334 der „Bad. Presse" vom 24. Juli (Mittagsausgabe) eine Mitteilung, welche mit der Einleitung beginnt: „Von zuständiger Seite geht uns folgende Mitteilung zu". Das zuständige badische Finanzministerium legt auf die Feststellung Wert, daß die erwähnte Mitteilung nicht von ihm ausgeht. Zur Sache selbst kann erklärt werden, daß zwischen den beteiligten Regierungen von Sachsen, Württemberg und Baden in der Angelegenheit bereits ein Meinungsaustausch wegen einer gemeinsamen Vorstellung beim Herrn Reichsverkehrsminister stattfindet. Die badische Regierung wird auf der Wahrung der ihr aus dem Staatsvertrag über den Uebergang der Eisenbahnen auf das Reich und aus dessen Schlußprotokoll sich ergebenden Rechte nachdrücklichst bestehen.

Zur Erhöhung der Fremdensteuer.

Der Stadtrat hat die Erhöhung der Fremdensteuer von 10 auf 15% beschlossen und legt den Beschluß dem Bürgerausschuß wie folgt begründet vor:

Die in Karlsruhe mit Wirkung vom 15. Juli 1920 eingeführte Fremdensteuer hat sich inzwischen in allen größeren Gemeinden eingebürgert und ist eine unentbehrliche Einnahmequelle geworden. Sie erbrachte im abgelaufenen Rechnungsjahr 1921/22 in Karlsruhe den Betrag von rund 369 600 Mk.; im neuen Rechnungsjahr ergaben sich monatliche Beträge für April 61 600 Mark, Mai 75 300 Mk., Juni 92 500 Mk. Die allgemeine Steigerung des Ertrags, die der Preissteigerung in den Gasthäusern folgt, spricht für die Richtigkeit des gewählten Systems, die Steuer in Prozenten des für die Benutzung des Gastzimmers zu entrichtenden Betrags zu bemessen.

Die Finanzlage zwingt dazu, diese bisher in den meisten Städten Badens auf 10% festgesetzte Steuer zu erhöhen, zumal die der Gemeinde durch den Aufenthalt Fremder erwachsenden Lasten, insbesondere die für Unterbringung der Bevölkerung aufzuwendenden Kosten ständig steigen. Einzelne badische Städte sind mit einer Erhöhung bereits vorangegangen, andere im Begriffe, die Erhöhung durchzuführen. Bei Bemessung der Sätze für die hiesige Stadt wird darauf zu achten sein, daß die Steuermöglichkeiten soweit angängig auszunutzen sind, weil der Aufwand auch für die hier in Betracht kommenden Zwecke ganz außerordentlich gestiegen ist; anderseits empfiehlt es sich aber nicht, die in anderen Städten eingeführten Prozentsätze oder Durchschnittssätze zu überschreiten. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Abgabe 20% der reinen Mietvergütung ohne Zuschlag für Verpflegung oder Bedienung nicht überschreiten darf. Diese Erwägungen veranlassen den Stadtrat, eine Erhöhung auf das 1½fache des bisherigen Satzes zu beantragen. Der Betrag, bis zu dem Steuerfreiheit gewährt wird, soll der Geldentwertung entsprechend von 2 Mk. auf 5 Mk. erhöht werden. Zugleich empfiehlt es sich, die Steuerordnung durch eine Vorschrift zu ergänzen, die für den Fall der Hinterziehung oder versuchten Hinterziehung ein Mehrfaches (das 20fache) des geschuldeten Betrags als Strafsumme zu erheben ermöglicht.

Mit den Vertretern des hiesigen Hotel- und Gasthausgewerbes sind Verhandlungen gepflogen worden, die das Ergebnis hatten, daß die Interessenten die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Erhöhung anerkennen.

*

Todesfall. Vor wenigen Tagen ist hier im hohen Alter von 85 Jahren Privatmann Jakob Weissinger gestorben, ein Mann, der weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt war. Trotzdem er von Durlach stammte, rechnete er sich zu den Alt-Karlsruhern, die den humorvollen und schlagfertigen „alten Weissinger" auch gern zu den Ihrigen zählten. Weissinger hatte viel Verwandtes mit den Originalen der Wiener Fiaker-Kutscher. Wie diese besaß er ein ausgeprägtes Standesbewußtsein, war außerordentlich höflich und konnte, wenn es gerade sein mußte, auch recht derb sein. Als er noch eine der größten Karlsruher Kutschereien sein eigen nannte, legte er besonderen Wert auf möglichst gutes Pferde- und Wagenmaterial. Mit einer gewissen Eifersucht wachte er darüber, daß seine Gefährte in der Schönheitskonkurrenz mit den Hofwagen nicht zu stark in den Hintergrund gedrängt wurden und mit besonderem Stolz sprach er in seinen alten Tagen von seinen „ferschtlichen Rössern und Kaleschen", mit denen er unzählige Herrschaften gefahren hatte. Nur eines konnte er nicht leiden, das waren die „verflixten Stinkkarren", die Autobusse, die nach seiner Ansicht alles Elend in der Welt verschuldet hatten. Wie viele Paare hat der „Alt-Weissinger" auf das Standesamt kutschiert, wie vielen aber hat er auch mit seinen Wagen das Geleit nach dem Friedhof gegeben, wo er, der die neue Zeit nicht mehr verstehen konnte, nun selbst die letzte Ruhe gefunden hat.

Keine Verschärfung des Lichtspielgesetzes. Nach einem Beschluß des Reichstags wird im Reichsministerium des Innern zurzeit das Lichtspielgesetz nachgeprüft. Die Vorarbeiten haben noch nicht zur Aufstellung eines neuen Entwurfs geführt. Mitteilungen über angebliche Absichten der beteiligten Behörden, die Zensur zu verschärfen, entbehren jeder Grundlage.

Paketverkehr mit Polnisch-Oberschlesien. Mit dem 25. Juli wird der Paketverkehr sowohl von Deutsch-Oberschlesien als auch vom übrigen Deutschland nach Polnisch-Oberschlesien und in umgekehrter Richtung aufgenommen. Weitere Auskunft erteilen die Postanstalten.

Fluggebühr für Post nach Rußland. Die Absender von Flugpostbriefen und Flugpostkarten nach Rußland werden erneut darauf hingewiesen, daß der Flugzuschlag für solche Sendungen nicht 40 Pfg. wie im sonstigen Auslandsflugpostverkehr, sondern 8 ℳ für Postkarten und für jede 20 Gramm eines Briefes beträgt. Außerdem werden die gewöhnlichen Auslandsgebühren erhoben. Es kosten also eine Flugpostkarte nach Rußland 3 ℳ 50 Pfg. gewöhnliche Gebühr und 8 ℳ Zuschlag, zusammen 11 ℳ 50 Pfg., ein Brief bis 20 Gramm 6 ℳ und 8 ℳ Zuschlag, zusammen 14 ℳ, ein Brief über 20—40 Gramm 9 ℳ und 16 ℳ Zuschlag, zusammen 25 ℳ, ein Brief über 40—60 Gramm 12 ℳ und 24 ℳ Zuschlag, zusammen 36 ℳ usw.

Soziale Frauenschule. Am 14. und 15. Juli ist an der sozialen Frauenschule des Badischen Frauenvereins in Karlsruhe die erste staatliche Prüfung für Sozialbeamtinnen und Wohlfahrtspflegerinnen abgehalten worden. Sämtliche 17 Prüfungskandidatinnen haben das Examen bestanden. Der Wiederbeginn des Unterrichts ist auf Mitte September festgesetzt. Die Anmeldungen können beim Vorstand des Bad. Frauenvereins, Gartenstraße 49/51, oder bei der Leiterin der Anstalt, Fräulein Dr. Schenck, Sofienstraße 39/41, erfolgen. Dort wird auch nähere Auskunft über Lehrgang und Ziele der sozialen Frauenschulen erteilt.

Die Prüfungskonzerte des Munzschen Konservatoriums fanden, wie man uns schreibt, am Dienstag und Donnerstag dieser Woche bei sehr guter Beteiligung mit großem Erfolge statt. Um die Ueberfülle an Darbietungen in solchen Veranstaltungen zu vermeiden, war diesmal eine strenge Auslese gehalten worden, die ein anziehendes Programm ermöglichte und in seiner Durchführung durchweg beachtenswerte Leistungen darstellte. Zieht man das vielleicht Aengstliche von Debütanten ab, so zeigt die jeweilige Schule die gründliche Durchbildung, die eine Konzertreife durchaus zulässig erscheinen läßt. Im ganzen vielleicht weniger beim gesanglichen Material als unter den Instrumentalisten. So leitete Emma Jahn den ersten Abend mit dem Beethovenschen Klavierkonzert in B-Dur (2 u. 3. Satz) mit Orchesterbegleitung schwungvoll und technisch sicher ein und machte ihrer Lehrerin, Frl. Beck, alle Ehre, von der eine zweite Schülerin, Irma Beck, mit Mendelssohns Klavierkonzert in G-Moll (2. u. 3. Satz) ebenso erfolgreich den Abend abschloß. Als Schülerin von Herrn Dinand bewährte sich wieder Erica Schwarz, die Schumanns Konzertstück op. 92 mit Orchester sehr temperamentvoll anpackte und namentlich aus dem ruhigen Mittelsatz große poetische Feinheiten herausholte. Dem Gesang war am ersten Abend ein breites Feld eingeräumt. Mit Liedervorträgen zu begleitendem Klavier erfreuten zwei Schülerinnen von Frl. Landwehr vom Landestheater, Mina Neck und Valesca Werlein, die von ihrer Lehrerin selbst begleitet wurden und von deren ausgezeichneter Schulung Zeugnis ablegten, ebenso wie Martha Bastel als talentvolle Schülerin von Frl. Pracht. Als Schüler Wassermanns stellte sich als Deklamator vor Orloff Lauer-Corsen, der sehr beachtliche Proben seiner Rezitier- und Darstellungsgabe mit Schillerschen und Uhlandschen Werken ablegte. Die Violine kam in beiden Abenden mit je einem Werk zu Worte. Robert Barth, von Frau Dir. Munz ausgebildet, spielte mit großer Frische und reich nüanzierter Tongebung einen Satz aus Mozarts A-Dur-Konzert. Karl Huber spielte als Schüler von Konzertmeister Weimershaus vom Landestheater diesmal Wieniawskis schwelgerisches D-Moll-Konzert, dessen Schönheiten er nach technischer wie musikalischer Seite hin voll auszuschöpfen verstand und zudem ihm schon die persönliche Färbung werdender Reife auf seinem Instrument aufdrückte. Am zweiten Abend, der vorwiegend dem Klavier gehörte, stellten sich noch Robert Schütz mit Mendelssohns Klavierkonzert in D-Moll 1. Satz als feinsinniger Schüler von Dir. Munz vor und Franz Achtmann mit bravouröser Wiedergabe der Wandererfantasie (Schubert) in Liszts Bearbeitung mit begleitendem Orchester als Schüler von Herrn Dinand, während Trudel Scheinfuß als Dinandschülerin diesmal Cesar Francks virtuos üppige und geistreiche, für Klavier mit Orchester gesetzte Symphonische Variationen vortrug und wiederum Zeugnis für ihr vortreffliches Können ablegte. Neben Hubers Spiel bedeutete wohl den musikalischen Höhepunkt die kernhaft erfaßte Wiedergabe von Schumanns A-Moll-Konzert, 2. und 3. Satz, für Klavier und Orchester durch Martha Bastel, von Dir. Munz ausgebildet; ihre reife Gestaltungskraft gab dem Werk den Schwung und das Leben künstlerischer Selbständigkeit und Auffassungstiefe, wie sie ein solcher Wurf bedarf. Als Sängerinnen kamen am zweiten Abend noch die Eiffler-Schülerinnen Rosel Vollmer (Täubchen-Arie aus Kreutzers „Nachtlager") und Martha Weigelt (Agathen-Arie aus „Freischütz") zu Gehör; sie boten ausgezeichnete Leistungen. Sämtliche Nummern des zweiten Abends, namentlich auch die gesanglichen, wurden vom vollbesetzten Orchester des Munzschen Konservatoriums sicher und routiniert unter der zielbewußten Leitung von Dir. Munz begleitet, das somit zum erfolgreichen Gelingen der beiden Konzerte wesentlich beitrug.

Verhaftet wurden: Ein Beamter aus Berg, ein Schüler aus Malsch wegen Diebstahls, ein Monteur von hier wegen Betrugs, ein Schlosser von hier wegen Unterschlagung, ein Buchdruckerlehrling aus Görlitz, ein Elektrotechnikerlehrling von hier, die aus Schaukästen eine Anzahl Photographien entwendeten, die wieder beigebracht sind, ein Kaufmann aus Offenbach wegen Entführung, ein Lehrling, ein Fabrikarbeiter, ein Zahntechniker, ein Metalldreher, sämtliche von hier, weil sie aus einer hiesigen Lehranstalt zwei Platintiegel im Werte von 58 000 ℳ entwendeten. Sie brachen die Tiegel in Stücke und verkauften das Metall. Durch Nachforschungen konnte jedoch der größte Teil des Metalles wieder beigebracht werden.

Chronik der Vereine.

Die Volksbühne kann mit dem Erfolg des Jahres zufrieden sein. Organisatorischer und künstlerischer Erfolg halten Schritt. Mit 7900 Besuchern für jede Reihe setzte das Jahr ein, um im Mai seinen Höhepunkt mit 11 100 zu erreichen. Insgesamt hat die Volksbühne rund 128 000 Karten an ihre Besucher vertrieben. Ein glänzendes Ergebnis, namentlich wenn man die ungeheueren Schwierigkeiten für unsere ganze Lebenshaltung berücksichtigt, ein Ergebnis, das der Organisation unserer Volksbühne ein gutes Zeichen ausstellt und das nicht zuletzt der unermüdlichen und selbstlosen Werbearbeit der Vertrauensmänner zu danken ist. Aber auch künstlerisch kann die Volksbühne zufrieden sein. An 119 Theaterabenden konnte sie ihren Mitgliedern 4 Opern, 9 Schau- und Lustspiele, 1 Kindermärchen und 2 Operetten bieten. Die künstlerischen Höhepunkte dürften die prächtigen Erstaufführungen von Emil Götts „Freund Heißsporn" und Gerhart Hauptmanns „Weber" gewesen sein. Unter den Konzerten verdient besondere Beachtung die zweimalige Aufführung von Zöllners „Columbus". Weiterhin fand ein Einführungsabend zu „Rose Bernd" statt, und die Vertrauensleute erhielten als kleine Entschädigung für ihre Arbeit zwei der beliebten „Heiteren Abende", deren erster in den „Drei Linden", der zweite im Colosseum vor sich ging. Endlich sind als Neuerung die kurzen einführenden Vorträge zu erwähnen, die seit Dezember jeweils vor den Vorstellungen gehalten werden, die dies wünschenswert erscheinen lassen. So kann die Volksbühne guten Mutes den Schritt in das neue Spieljahr wagen, das allerdings durch die unvermeidliche beträchtliche Steigerung der Eintrittspreise eine neue Belastungsprobe für die Lebensfähigkeit des volkstümlichen, jungen Unternehmens bilden wird.

Veranstaltungen.

Sommeroperette im Städt. Konzerthaus. Man teilt uns mit: Heute Dienstag und täglich gelangt die Operette „Mascottchen" von Walter Bromme zur Aufführung. — Freitag abend kommt für den Verein Volksbühne O/3 „Das Glücksmädel" zur Wiedergabe. — Als nächste Operettenneuheit ist „Der Tanz ins Glück" von Robert Stolz in Vorbereitung. Diese Operette wurde in Wien, München, Chemnitz, Nürnberg usw. mit Erfolg aufgeführt und dürfte auch sicher hier großen Anklang finden.

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 22. Juli: Bonaventur Singer von Villingen, Opernsänger in Villingen, mit Elise Holzer von hier; Gustav Ruder von Mietersheim, Gendarmeriewachtmeister in Brühl, mit Mina Müller von hier; Karl Wagner von Grötzingen, Vers.-Beamter in Grötzingen, mit Anna Weber von hier; Markus Brößler von Dorfporzelten, Schneider hier, mit Maria Maurer von hier; Franz Kopf von hier, Kaufmann hier, mit Maria Stadel von hier; Georg Bickel von Mannheim, Koch hier, mit Elise Scheck von hier; Wilhelm Röhm von hier, Lehrer hier, mit Antonie Vogel von hier; Wilhelm Striebel von hier, Kaufmann hier, mit Elise Knörr von hier; Eugen Kaiser von hier, Kaufmann hier, mit Anna Butz von Bulach; Daniel Künstler von Kusel, Bäcker hier, mit Elisabetha Gramlich von Bruchsal; Julius Hubmann von Heilbronn, Elektrotechniker hier, mit Lina Zorn von hier; Hugo Göbel von Waldshut, Dr. med., Zahnarzt hier, mit Frieda Rausch von Konstanz.

Geburten. 17. Juli: Ludwig, Vater Karl Schneider, Hetzer. — 18. Juli: Walter Oskar, Vater Oskar Seeger, Bahnarbeiter; Ingeborg Erika, Vater Wilhelm Müller, Betriebsleiter; Maximilian Leopold, Vater Maximilian Hüttich, Taglöhner. — 19. Juli: Else Luise Paula, Vater Karl Hörnel, städtischer Arbeiter; Heinz Günther Friedrich, Vater Wilhelm Bender, Kaufmann. — 20. Juli: Werner Heinrich, Vater Wilh. Mußgnug, Rangierer; Gerhard Hugo Gustav, Vater Alfred Lichtenberger, Kaufmann. — 21. Juli: Otto Rolf, Vater Wilh. Gerich, Straßenbahnführer. — 22. Juli: Lore Berta, Vater Josef Knopf, Masch.-Former; Maria Magdalena, Vater Eugen Schwab, Platzmeister.

Todesfälle. 22. Juli: Hildegard, alt 4 Monate 1 Tag, Vater Karl Oertel, Portier. — 23. Juli: Emma Soder, alt 50 Jahre, Ehefrau des Metzgers Julius Soder; Otto Stoll, Kaufmann, Ehemann, alt 61 Jahre; Dr. Carl Bauer, Chemiker, ledig, alt 66 Jahre; Emilie v. Herzer, alt 79 Jahre, Witwe des Priv. Hermann v. Herzer; Adeline Richard, alt 75 Jahre, Witwe des Direktors Ernst Richard.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Dienstag, den 25. Juli. 2 Uhr: Emilie v. Herzer, Priv.-Witwe, Kriegstraße 49. — 3 Uhr: Adeline Richard, Direktors-Witwe, Stefanienstr. 98, Feuerbestattung. — 4 Uhr: Dr. Carl Bauer, Chemiker, Bernhardstr. 17, Feuerbestattung. — 5 Uhr: Otto Stoll, Kaufmann, Amalienstr. 89.

Karlsruher Herbstwoche 1922

Freiwillige Feuerwehr.

Seit einiger Zeit finden abends auf dem Platze, auf dem früher die Räumlichkeiten der Firma Billing & Zoller in der Schützenstraße standen, Spezialübungen der einzelnen Abteilungen der gesamten Feuerwehr einschl. der Bahnhoffeuerwehr statt. Diese Uebungen sind die Vorläufer zu der anläßlich des 75jährigen Bestehens der freiwilligen Feuerwehr Karlsruhe abzuhaltenden großen Uebung. Um etwas Einheitliches zu leisten, werden alle Handgriffe an den Gerätschaften, wie Hakenleitern, Maschinenleitern, Spritzen und Hydranten nebst Schlauchleitungen von jeder Kompagnie von Grund auf geübt, so daß eine Kompagnie bezw. Abteilung arbeitet wie die andere. Es wird diese Uebung den Gästen an der Festfeier das Können der Wehr in einer Weise vor Augen führen, wie man solche Uebungen sonst nur bei Berufsfeuerwehren findet. Die Arbeit, den sich unsere Feuerwehr hiermit opferwillig unterzieht, ist eine große, aber befriedigt werden die Mannschaften sein, wenn diese und die Bemühungen des Oberkommandanten Heuser mit den Offizieren der einzelnen Kompanie und den Obleuten von Erfolg gekrönt sein werden. Auch die Feuerwache beteiligt sich an diesen Uebungen, die vorerst jeden Donnerstag stattfinden, wobei z. B. 18 Hakenleitern zur Verwendung kommen. Spätere Uebungen werden dann am Steighause abgehalten werden. Die übrigen Vorbereitungen für die Feier des 75jährigen Bestehens, die während der Herbstwoche in der Zeit vom 16. bis 18. September ds. Js. stattfindet, sind im Gange. — n.

Tagesanzeiger.

Dienstag, den 25. Juli 1922.

Städt. Konzerthaus: „Mascottchen". Abends 7½ Uhr.

Stadtgarten: Konzert. Abends 8—11 Uhr. (Bei schlechtem Wetter fällt die Veranstaltung aus.)

D.H.V.: Mitgliederversammlung. Abends 8 Uhr im Moninger, Gartensaal.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 24. Juli (abends).

Belgien	3970	Schweiz	9580
Paris	4220	London	2230
Neuyork	500	Italien	2300
Holland	19400		

Tendenz: schwächer.

Von den Börsenplätzen.

Mannheimer Effektenbörse.

K. **Mannheim**, 24. Juli. (Drahtber.) Kleinere Abschlüsse erfolgten heute in Benzaktien zu 508 Prozent, Dingler Maschinenfabrik 675 Prozent, und in Neckarsulmer Fahrzeugwerke zu 670 Prozent. Gebr. Fahr notierten 580 Geld, 590 Brief, Heddernheimer Kupfer 700 bezahlt, Rhein Elektra 415 Geld und Süddeutsche Drahtindustrie 650 Geld. Zellstoff Waldhof 710 bezahlt. Von Versicherungsaktien sind Mannheimer 2125 Geld, 2200 Brief und Württemberger Transportaktien 800 Geld.

Frankfurter Börse.

w. **Frankfurt a. M.**, 24. Juli.

Das Geschäft an der heutigen Börse, die eine feste Haltung zeigte, beschränkte sich weiter auf Spezialpapiere, wobei Montanpapiere und ausländische Renten teilweise bei lebhaftem Geschäft zu anziehenden Kursen aus dem Markte genommen wurden. Man bemerkte vielfach größeres Interesse für verschiedene Industriepapiere. Unterstützt wurde die Nachfrage durch ausländische Käufe. Ferner treten wieder Interessenkäufe auf, wobei verschiedene Gerüchte einen breiten Spielraum einnahmen. Als neue Notierung kam heute Theodor Goldschmidt hinzu. Am Rentenmarkt setzte ein lebhaftes Geschäft für Zolltürken, Bagdad und ungarische Renten ein. Die schwankende Haltung der Devisenpreise hemmte aber die regere Umsatztätigkeit.

Der Dollar stellte sich am Vormittag auf 516 bis 506. An der Börse setzte er dann mit 502 ein und schwankte zwischen 497 bis 495.

Im freien Verkehr kam die Belebung nicht zum Ausdruck. Immerhin waren hier Kursbesserungen zu beobachten. Becker Stahl fanden Beachtung 545, Benz lebhaft 525—520 begehrt. Gebrüder Fahr 580. Man nannte ferner Krügershall 710. Am Montanmarkt lagen die ersten Kurse fast durchweg höher. Besonders gesucht waren Harpener 3050—3200, Mannesmann stellten sich 60, Gelsenkirchen 48, Caro 45, Deutsch-Luxemburg 10 Prozent höher. Kaliaktien lebhafter, auch Auto-, Maschinen-, Fabrik- und Metallaktien fanden verschiedentlich zu höheren Kursen Aufnahme. Kleyer etwas nachgebend, Daimler 10 Prozent, Eßlinger 18 Prozent, Bingwerke 10 Prozent. Chemische Akten fest. Anilinwerte etwas reger gehandelt. Bei großen Umsätzen konnten sich Elektropapiere behaupten. Höher Accumulatoren, Licht und Kraft. Von sonstigen Industriepapieren Spinnerei Hammersen 1150, plus 100, Schuckertaktien lebhaft. Höher gesucht Pinselfabrik Nürnberg, Siemens Glas. Im Verlauf blieb das Börsenbild unverändert fest und Auslandswerte schwankend. Oesterreichische Kreditanstalt bei größeren Umsätzen höher. Am Kassamarkt wickelte sich ein lebhaftes Geschäft ab. Sonst blieb der Verkehr ruhig. Zum Schuß Montanaktien bei größeren Umsätzen fest. Privatdiskont 5 Prozent.

Berliner Börse.

w. **Berlin**, 24. Juli.

Bei der noch immer bestehenden Unklarheit über die Moratoriumsfrage und die ungünstige Beurteilung der Vorgänge in Bayern durch die Spekulation blieben am Devisenmarkt Schwankungen bestehen mit dem Ergebnis, daß die Devise Neuyork am Vormittagskursstand 513—496 vor Festsetzung der amtlichen Kurse zurückging.

Am Effektenmarkt fand die am Freitag so unvermittelt zum Durchbruch gekommene Aufwärtsbewegung in Montanwerten zunächst keine Fortsetzung. Die Spekulation wie das Publikum verhielten sich wegen der Abschwächung der Devisenpreise zurückhaltend. Immerhin ist die allgemeine Tendenz als widerstandsfähig und im Verlaufe als befestigt zu bezeichnen, wobei am Montanmarkt besonders wieder in Harpener, die bis zu 3275 anzogen, teilweise größere Umsätze stattfanden. Auf den anderen Märkten blieb im Gegensatz hierzu eine ziemliche Geschäftsstille vorherrschend. Die Kursveränderungen hielten sich hier zwischen 10 bis 30 Prozent, wobei die Besserungen überwogen.

Auch der Auslandsmarkt hat etwas von seiner bevorzugten Stellung eingebüßt. Doch wußten sich die Kurse nach anfänglichen Schwankungen gut zu behaupten und teilweise — wie für Mexikaner und einige ungarische und Balkanwerte —, zu erhöhen.

Mannheimer Produktenbörse

K. **Mannheim**, 24. Juli.

Die Produktenbörse wies heute einen sehr guten Besuch auf. Die Stimmung war fest, die Preise waren weiter recht hoch, doch kamen größere Abschlüsse nicht zustande, weil man nur zögernd die hohen Forderungen auf Seiten der Käufer bewilligte. Die Preise, die wir um etwa 12½ Uhr ermittelten, stellten sich für Weizen auf 2675—2700 Mark, Roggen 2050—2100 M., Braugerste 2450 bis 2500 M., Futtergerste 2200—2300 M., Hafer 2300 bis 2325 M., Mixedmais 2080—2100 M. und weißes Natalmais 2100 M., alles per 100 kg, bahnfrei Mannheim. Auch Futtermittel lagen sehr fest; man nannte: Weizenkleie mit 1350 M., Weizenfuttermehl mit 1650 M., Biertreber 1400 M. die 100 kg, bahnfrei Mannheim. Rapskuchen waren zu 1550 M., ab Mannheim und Malzkeime zu 1400 M., ab mittelbadischen Stationen offeriert. Auch Mehl lag fest, die Mühlen forderten für Weizenmehl, Spezial 0, 3450 M., während die zweite Hand zu 3375 M. für die 100 kg, ab süddeutschen Mühlenstationen am Markte war. Roggenmehl kostete 2750 M. die 100 kg, ab süddeutschen Mühlenstationen. Von Saaten war Rapssaat zu 4400—4600 M. die 100 kg, Frachtparität Mannheim, angeboten.

Amtl. Notierungen: Mais, amerik. 2150, Mais, La Plata 2150, Weizen, loco 2600—2650, Hafer 2300—2325, Roggen, loco 2000—2025, Biertreber 1325, Kleie 1325, Reis 3000—4000. Tendenz: behauptet.

Industrien / Handel / Verkehr.

Banken.

Darmstädter Bank. Wie die Verwaltung mitteilt, sind die von der Darmstädter Bank kontrollierten Aktien der Nordischen Bank für Handel und Industrie in Berlin A.-G. durch Einigung auf gütlichem Wege von einem anderen Konsortium übernommen worden, so daß damit die Darmstädter Bank aus der Nordischen Bank endgültig ausscheidet. Die Aufsichtsratsvertreter Fehling, Dr. Fischer, Justizrat Grimm und v. Simson der Darmstädter Bank legten daher ihre Aemter nieder.

Industrien.

Gotth. Allweiler Pumpenfabrik A.-G. in Radolfzell. Beantragt ist eine Kapitalserhöhung auf 6 Millionen Mark.

Joseph Vögele A.-G. in Mannheim. Die Gesellschaft erzielte im vergangenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 6,03 (3,7) Mill. Mark, aus dem der Aufsichtsrat der auf 29. Juli nach Mannheim einberufenen Generalversammlung folgende Gewinnverteilung vorschlägt. Der gesetzlichen Reserve werden 1,1 Mill. Mark, der 2. Reserve 1 Mill. Mark und dem Arbeiter- und Beamtenfonds 1 Mill. Mark zugewiesen. An Dividenden werden 20 Prozen tzur Verteilung gebracht, während für Tantiemen 637 500 M. ausgeworfen werden. Der Rest von 295 279 Mark wird auf neue Rechnung vorgetragen. In der Bilanz sind Debitoren, Kassa und Wechsel mit 12,97 (4,36) Mill. Mark und Kreditoren mit 26,15 (46,28) Mill. Mark angegeben. Das Aktienkapital beläuft sich auf 10 Mill. Mark Aktien und 8 Mill. Mark Obligationen. Die zu Beginn des Jahres beschlossene Kapitalserhöhung ist jetzt durchgeführt, so daß sich das Gesamtkapital nunmehr auf 10 Mill. Mark Stamm- und 6 Mill. Mark Vorzugsaktien, sowie 8 Mill. Mark Obligationen beläuft. Nach dem Geschäftsbericht arbeitete die Fabrik im zweiten Geschäftsjahr zufriedenstellend.

A.-G. für Beton- und Monierbau (Abteilung Mannheim) in Mannheim. Mit einem Grundkapital von 15 Mill. Mark, eingeteilt in 15 000 Stück Stammaktien zu je 1000 Mk. wurde diese Zweigstelle der Berliner Firma in Mannheim errichtet. Den Vorstand bilden Regierungsbaumeister Matthias Koenen-Berlin, Direktor Max König-Berlin-Schöneberg und Direktor Franz Patsch-Charlottenburg, während der erste Aufsichtsrat von der ersten Generalversammlung zu wählen ist.

Bachert & Co. A.-G. für Taschentuchfabrikation in Berlin, Filiale Konstanz. Die Berliner Gesellschaft errichtete in Konstanz eine Zweigniederlassung mit 12,75 Mill. Mark Kapital, eingeteilt in 12 000 Stück Stammaktien zu je 1000 Mk. und in 750 Stück Vorzugsaktien zu je 1000 M., welche zu 7 Prozent verzinslich sind. Den Vorstand bilden Herr Berthold Bachert-Zürich und Fabrikant Leo Kleinberger-Zürich. Der erste Aufsichtsrat setzt sich aus den Fabrikanten Max Bachert und Leopold Kleinberger, beide in Zürich und Komm.-Rat Theodor Frank in Berlin zusammen.

Thomas Ernst Haller A.-G. in Schwenningen a. N. Mit einem Kapital von 12 Mill. Mark wurde diese neue Aktiengesellschaft zum Zwecke der Uhrenfabrikation gegründet, als deren Vorstand Fabrikant Thomas Ernst Haller und Dipl.-Ing. Willy Haller bestellt sind. Den ersten Aufsichtsrat bilden Exporteur Andreas Haller-Schwenningen a. N., Direktor Komm.-Rat Lotz-Mannheim, Dr. h. c. Will Hohner-Trossingen, Rechtsanwalt Dr. Alfred Schweizer-Stuttgart und Direktor Karl Haber-Mannheim.

Neue Kapitalserhöhung der Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer A.-G., Frankfurt a. M. Die starke Markentwertung in der letzten Zeit, die im Zusammenhang damit erforderlichen größeren Betriebsmittel und vor allem auch Bedürfnisse, die im wachsenden Umfange zur Fertigstellung bereits begonnener Bauten erforderlich sind, lassen in vermehrtem Umfange die Betriebe zur Beanspruchung des Geldmarktes schreiten. Das ist jetzt von neuem der Fall bei den Adlerwerken Kleyer, die einer a. o. G.-V. (16. August) die weitere Erhöhung des Aktienkapitals um M. 50 Millionen ab 1. August d. J. dividendenberechtigten Stammaktien auf M. 150 Mill. vorschlagen. Daneben schreitet auch dieses Unternehmen zur Ausgabe von Vorzugsaktien mit erhöhter Stimmkraft.

Bayerische Flugzeugwerke A.-G. in München. Die Firma, die in Zukunft Bayerische Motorenwerke A.-G. zeichnen wird, erzielte im vergangenen Geschäftsjahr einen Betriebsgewinn in Höhe von 1 128 757 (4 269 758) Mark. An Unkosten waren 118 117 (2 599 084) Mill. Mark erforderlich, während aus dem Konto der zweifelhaften Forderungen 280 763 Mark Einzahlungen erzielt werden konnten, so daß erst mit diesen der vorjährige Verlust in Höhe von 128 547 Mark getilgt werden konnte. Abschreibungen wurden keine gemacht, so daß sich ein Reingewinn von 162 856 Mark erübrigt, aus dem auf 3 Mill. Mark Kapital 5 (0) Prozent Dividende gelangen und der Rest von 12 865 Mark auf neue Rechnung vorgetragen wird. Die Bilanz bezeichnet bei 5,60 (6,97) Mill. Mark Gläubiger die Schuldner mit 1,41 (0,40) Mark, während die Avalen mit 333 333 Mark ausgewiesen werden. Der Geschäftsbericht bezeichnet die Aussichten des laufenden Jahres als günstig.

Bayerische Montan-A.-G. in München. Die neugegründete Aktiengesellschaft verfügt über ein Grundkapital von 2,5 Mill. Mark und bezweckt die Ausbeutung von Bergrechten, Handel mit Montanprodukten, sowie die Beteiligung an gleichen und ähnlichen Unternehmungen. Dem ersten Aufsichtsrat gehören die Herren Eugen Zentz-München, Apothekenbesitzer Dr. Heinrich Salzmann-Berlin-Wilmersdorf und Rechtsanwalt Richard Spitzweg-München an. Mitbegründer ist die Hageda (Handelsgesellschaft deutscher Apotheker).

Metall-Aetzwerke München A.-G. in München. Zwischen der Verwaltung und der Mehrheitsgruppe Olbrich-Wittman konnte jetzt eine Einigung erzielt werden. Die Dividende für das vergangene Geschäftsjahr wurde von 20 auf 25 Prozent erhöht. Die Generalversammlung am 21. Juli genehmigte diesen Beschluß und erteilte dem Vorstand Entlastung. Auf Wunsch Komm.-Rat Wittmans wird der biswerige Aufsichtsrat bis zum Vorliegen einer neuen Liste in der alten Zusammensetzung bestehen bleiben.

Großkraftwerk Franken A.-G. in Nürnberg. Aus dem Reingewinn des vergangenen Geschäftsjahres beschloß die Generalversammlung, eine Dividende von 8 (5) Prozent zur Verteilung zu bringen. Zur Vertretung der neuen Aktionärgruppe wurden Bankdirektor Butzengeiger und Bankier Dr. R. Cohn, beide in Nürnberg neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Transportwesen.

Lokalbahn A.G. in München. Die Gesellschaft hatte seit 7 Jahren keine Dividenden verteilt. Die Unterbilanz belief nach und nach auf 3,07 Mill. Mark, die jetzt getilgt werden konnte. Man hat sogar die Verteilung einer Dividende von 5 Prozent vorgeschlagen. Dieses Ergebnis leitet sich aus dem Verkauf von 4.85 Mill. Mark Aktien der Lausitzer Eisenbahngesellschaft, an der die Münchener Lokalbahn stark beteiligt war, her. Die Gesellschaft will damit eine Gesundung ihrer Bilanz erreichen, um auf neuer Grundlage wieder aufbauen zu können.

Schiffahrt.

Bayerische Lloyd-Schiffahrts-A.-G. in Regensburg. Die Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr 1921, in dem sie ihr Betriebskapital auf 32 Mill. Mark verdoppelte, nach Abzug der Unkosten und Steuern aus einem Betriebsgewinn von 7 614 291 (7 004 507) Mark einen Reingewinn von 2 729 003 (1 426 730) Mark erzielen, aus dem sie eine Dividende von 7½ Prozent verteilt.

Märkte.

Viehmarkt in Karlsruhe. Amtl. Bericht vom 24. Juli. Es wurde bezahlt für 50 kg Lebendgewicht:

Ochsen, vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 3600—3800 M., vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4—7 Jahren 3400—3600 M., junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 3200—3400 M., mäßig genährte junge und gut genährte ältere 3000—3200 M.

Bullen, vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes 3300—3500 M., vollfleischige, jüngere 3100—3300 M., mäßig genährte junge und gut genährte ältere 2900—3100 M.

Kühe und Färsen, vollfleischige, ausgemästete Färsen, höchsten Schlachtwertes 3600—3800 M., gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 3400 bis 3600 M., mäßig genährte Färsen 3200—3400 M., gering genährte Kühe 1950—2150 M.

Kälber, mittlere Mast- und beste Saugkälber 3850—4000 M., geringere Mast- und gute Saugkälber 3750—3850 M., geringere Saugkälber 3650 bis 3750 Mark.

Schweine, vollfleischige von 120—150 kg Lebendgewicht 6550—6700 M., vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht 6400—6550 M., vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 6300 bis 6400 M., vollfleischige unter 80 kg Lebendgewicht 6200—6300 M., Sauen 6000—6200 M.

Zufuhr: 302 Stück: Ochsen 26, Bullen 30, Kühe 20, Färsen 72, Kälber 20, Schweine 134 Stück.

Tendenz: langsam; Markt nicht geräumt.

Schweinemarkt in Durlach vom 22. Juli 1922. Der Markt war befahren mit 115 Läuferschweinen und 362 Ferkelschweinen. Verkauft wurden 90 Läuferschweine und 220 Ferkelschweine. Preis per Paar Läuferschweine 4000—7000 M., Ferkelschweine 2200—3500 Mark.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

	21. Juli	24. Juli
Badische Bank	520.—	520.—
Darmstädter Bank	271.—	270.—
Deutsche Bank	480.—	480.—
Diskonto Commandit	394.—	388.—
Dresdener Bank	294.—	288.—
Mitteld. Creditbank	246.—	244.—
Oesterr. Länderbank	—.—	71.50
Pfälzische Bank	49.—	48.—
Rheinische Creditbank	224.—	220.—
Südd. Diskonto-Ges.	290.—	285.—
Wiener Bankverein	50.—	—.—
Württbg. Notenbank	—.—	565.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	—.—	—.—
Gelsenkirchen	1285.	1325.
Harpener	2835.	3200.
Laurahütte	2100.	2240.
Aschaff. Zellstoff	880.—	880.—
Grün & Bilfinger	630.—	670.—
Zementw. Heidelberg	729.—	720.—
Bad. Anilin	805.—	820.—
Scheideanstalt	1021.	1040.
Höchster Farben	731.—	743.—
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	370.—	399.50
Gebr. Junghans	450.—	475.—
Adler & Oppenheimer	1480.	1520.
B. Masch. Badenia	555.—	550.—
Maschfabr. Durlach	810.—	849.—
Maschfabr. Gritzner	1380.	1350.
Haid & Neu	775.—	751.—
Maschfabr. Karlsruhe	800.—	830.—
Oberursel	602.—	600.—
Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	450.—	450.—
Elsässer Baumwolle	950.—	975.—
Spinnerei Ettlingen	—.—	—.—
Uhrenfabr. Furtwang.	979.—	940.—
Waggon-Fabrik Fuchs	515.—	600.—
Zellstoff Waldhof	705.—	715.—
Zuckerfabr. Waghäusel	708.—	710.—
Zuckerfabr. Frankenth.	700.—	700.—
Benz Motoren	505.—	525.15
Mannh. Versich.-Ges.	—.—	—.—
Rütgers-Werke	695.—	718.—

Berliner Kursnotierungen:

Festverzinsl. Werte	21. Juli	24. Juli
5% I Dtsch. Schatzanw.	—.—	—.—
5% II „ „	—.—	—.—
5% III „ „	—.—	100.60
4½ IV—V „	87.25	87.25
4½ VI—IX „	73.30	73.25
4½ 1924er „	95.20	95.40
5% Deutsch. Reichsanl.	77.50	77.50
4% „ „	118.50	117.25
3½% „ „	92.—	91.50
3% „ „	100.—	200.—
Deutsche Prämienanl.	79.50	79.40
5% Pr. Schatzanw. 1921	—.—	—.—
4% Pr. „ 1922	99.50	99.60
4% Preußische Konsols	78.75	79.—
3½% „ „	67.30	67.75
3% „ „	76.25	76.—
4% Bad. Staatsanl. 08/14	72.—	72.—
Eisenbahn-Aktien		
Schantungbahn	455.—	446.—
Gr. Berl. Straßenbahn	—.—	—.—
Baltimore	1605.	1650.
Prinz-Heinrich-Bahn	—.—	—.—
Orientbahn	—.—	—.—
Schiffahrts-Aktien		
Argo Schiffahrt	1580.	1590.
Deutsch-Australien	520.—	520.—
Hamburger Paketfahrt	443.—	449.—
Hambg.-Südamerika	750.—	770.—
Hansa D.-Schiffahrt	368.—	393.—
Norddeutscher Lloyd	327.—	329.75
Bank-Aktien		
Berliner Handelsges.	528.—	526.—
Darmstädter Bank	272.—	271.—
Deutsche Bank	480.—	475.—
Diskonto-Commandit	391.—	390.—
Dresdener Bank	290.—	290.—
Nationalbank	275.—	275.—
Oesterr. Credit	62.75	66.50
Reichsbank	207.—	206.75

Industrie-Papiere	21. Juli	24. Juli
Accumulatoren	1160.	1330.
Adlerwerke	491.—	490.50
Alexanderwerke	435.—	440.—
A. E. G.	742.—	759.—
Aluminium	—.—	—.—
Anglo Continental	1690.	1760.
Augsburg-Nürnberg	928.—	949.50
Badische Anilin	816.—	825.—
Bergmann Elektrizität	595.—	600.—
Berl. Anh. Maschinen	550.—	553.—
Berliner Maschinen	1035.	1075.
Bing Nürnberg	530.—	533.—
Bismarckhütte	—.—	—.—
Bochumer Guß	1265.	1345.
Gebrüder Böhler	—.—	2680.
Brown-Boveri	—.—	—.—
Buderus Eisen	687.—	—.—
Chem. Grießheim	795.—	800.—
Chem. Albert	1490.	1528.
Daimler Motoren	425.—	451.—
Dessauer Gas	560.—	559.—
Deutsch-Luxemburg	1150.	1230.
D. Eisenbahn S. W.	535.—	511.—
Deutsch Erdöl	2350.	2450.
Deutsches Kali	1900.	—.—
Deutsche Waffen	1495.	1525.
Deutsch Eisenh.	594.—	581.—
Dynamit Trust	676.—	700.—
Elberfelder Farben	738.—	750.—
Eschweil. Bergwerke	900.—	924.—
Feldmühle Papier	625.—	640.—
Felten & Guilleaume	840.—	840.—
Filter Brautechnik	1750.	1760.
Gaggenau	830.—	810.—
Gasmotoren Deutz	—.—	—.—
Gelsenkirchen	1243.	1325.
Genschow	603.—	600.—
Goldschmidt	925.—	970.—
Gritzner Maschinen	1395.	1395.
Hannover Maschinen	4300.	4500.
Hannover Waggon	673.—	680.—
Harpener	2825.	3275.
Hasper Eisen	—.—	—.—
Hirsch Kupfer	830.—	845.—
Höchster Farben	735.—	740.—
Hösch Eisen	1300.	1430.

	21. Juli	24. Juli
Hohenlohe	777.—	825.ex
Kali Aschersleben	1101.	1162.
Maschfabr. Karlsruhe	826.—	820.—
Ver. Köln.-Rottweil	830.—	848.—
Kostheimer Cellulose	781.—	781.—
Kyffhäuser	415 —	401.—
Lahmeyer Co.	391.—	403.—
Laurahütte	2070.	2075.
Lindes Eismaschinen	660.—	680.—
Ludwig Löwe	1002.	1002.
Lothringer Zement	718.—	715.—
Mannesmann	1080.	1195.
Oberschl. Eisenb.-Bed.	880.—	910.—
Oberschl. Eisenindustr.	675.—	725.—
Oberschl. Kokswerke	1598.	1600.
Orenstein & Koppel	1050.	1105.
Phönix Bergwerke	1400.	1500.
Rheinisch Metall	418.—	421.—
Rheinisch Stahl	1250.	1315.
Rombacher Hütte	537.—	585.—
Rütgerswerke	700.—	705.—
Sachsenwerke	513.—	500.—
Schuckert & Co.	700.—	750.—
Siemens & Halske	1060.	1100.
Sinner Brauerei	635.—	610.—
Steaua Romana	—.—	—.—
Stettiner Vulkan	1481.	1570.
Stollberger Zink	1201.	1215.
Türkischer Tabak	—.—	—.—
Varziner Papier	779.—	785.—
Vereinigt. D. Nikel	1250.	—.—
Vereinigt. Glanzstoff	2500.	2490.
Vereinigt. Stahl Zypen	3950.	3950.
Wanderer Fahrrad	1475.	1550.
Westeregeln Alkali	1430.	1548.
Zellstoff Waldhof	710.—	730.—
Otavi Minen	—.—	—.—
Otavi Genuß	—.—	—.—
Deutsche Petroleum	2300.	2287.
Pomona	14800	16000.
Kollmar & Jourdan	1197.	1190.
Hacketal Draht	600.—	600.—
Lothringer Hütten	960.—	990.—

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 24. Juli.

	22. Juli. Geld	22. Juli. Brief	24. Juli. Geld	24. Juli. Brief
Brüssel	3933.50	3941.50	3981.—	3989.—
Holland	19530.40	19569.60	19455.50	19494.50
London	2247.70	2252.30	2245.20	2249.80
Paris	4183.30	4191.70	4240.70	4249.30
Schweiz	9590.40	9609.60	9577.90	9597.10
Spanien	7779.70	7795.30	7842.10	7857.90
Italien	2342.60	2347.40	2372.60	2377.40
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	10726.70	10748.30	10826.60	10848.40
Norwegen	8391.60	8408.40	8516.40	8533.60
Schweden	12987.—	13013.—	13011.90	13028.10
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	504.75	505.75	503.40	504.60
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	1.39	1.43	1.53	1.57
Budapest	32.21	32.29	32.46	32.54
Prag	1096.40	1098.60	1097.90	1100.10

w. Berlin, 24. Juli.

	22. Juli. Geld	22. Juli. Brief	24. Juli. Geld	24. Juli. Brief
Amsterdam	19725.30	19744.70	19625.40	19675.60
Brüssel	4019.95	4030.05	4019.95	4030.05
Christiania	8564.25	8585.75	8514.30	8535.70
Kopenhagen	10911.30	10938.70	10861.40	10888.60
Stockholm	13183.50	13266.50	13008.70	13041.80
Helsingfors	1063.65	1066.35	1033.70	1036.30
Italien	2357.05	2362.95	2337.05	2342.95
London	2262.15	2267.85	2237.20	2242.80
Newyork	507.86	509.14	502.37	503.63
Paris	4254.65	4265.35	4224.70	4235.30
Schweiz	9697.85	9722.15	9488.10	9511.90
Spanien	7890.10	7909.90	7776.25	7779.75
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	1.38	1.42	1.63	1.67
Prag	1088.60	1091.40	1086.60	1089.40
Budapest	31.96	32.04	31.96	32.04
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	322.55	323.45	326.55	327.41
Buenos-Aires	184.50	185.—	182.75	183.20
Japan	—.—	—.—	238.50	239.50
Rio de Janeiro	—.—	—.—	68.16	68.34

Abenddevisen.

Frankfurt, 24. Juli.

Brüssel	3970	Paris	4220
Holland	19400	Italien	2300
London	2230	Neuyork	500
Schweiz	9580		

Tendenz: schwächer.

w. Zürich, 24. Juli.

	22. Juli	24. Juli
Holland	203 —	203.75
Deutschland	1.04	1.—
Wien	0.01¾	0.01¾
Prag	11.35	11.25
Paris	43.97½	43.75
London	23.32	23.32
Italien	24.37½	24.25
Brüssel	41.60	41.60
Budapest	0.32½	0.32
Newyork	523.—	523.75
Agram	1.52½	1.52½
Warschau	0.09	0.08½
Kopenhagen	112.50	112.50
Stockholm	135.50	135.50
Christiania	87.75	88.25
Madrid	81.25	81.25
Buenos-Aires	188.50	189.—
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

	a) vorbörsl.	b) nachbörsl.
Holland	191—202	191—196
Schweiz	9400—9900	9450—9700
Paris	4180—4375	4190—4275
Belgien	4000—4100	4000—4075
London	2200—2320	2210—2260
Neuyork	492—518	493—505
Italien	2300—2400	2300—2375
	Tendenz: schwankend.	Tendenz: schwankend.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg